



Lagebericht und Jahresabschluss 31.12.2010

- Lagebericht inkl. Statistischer Bericht
- Bilanz
- Gewinn- und Verlustrechnung
- Anhang
- Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers
- Bericht des Verwaltungsrates

Geschäft und Rahmenbedingungen

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft ist im Jahr 2010 wieder kräftig gewachsen. Wie das Statistische Bundesamt errechnete, stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) mit 3,6 % so stark wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr. Im Vorjahr hatte Deutschland noch die stärkste Rezession der Nachkriegszeit erlebt: Das preisbereinigte BIP brach 2009 um 4,7 % ein. In den Jahren 2007 (2,7 %) und 2008 (1,0 %) hatte es dagegen Zuwächse gegeben. Nach Bereinigung um Kalendereffekte ergibt sich eine etwas niedrigere Wachstumsrate des BIP von 3,5 %, da im Jahr 2010 geringfügig mehr Arbeitstage zur Verfügung standen als im Jahr 2009. Bei kalenderbereinigter Betrachtung ist das BIP zuletzt im Jahr 2006 stärker gewachsen als 2010.

Auch die konjunkturelle Lage der Unternehmen im Main-Kinzig-Kreis hat sich deutlich verbessert. In der zum Jahreswechsel durchgeführten Konjunkturumfrage der IHK Hanau-Gelnhausen-Schlüchtern erwarten 30,9 % der Unternehmen eher eine günstige Geschäftslage und nur 10,8 % befürchten eine Abschwächung in den kommenden zwölf Monaten. Bei der Umfrage Ende 2009/Anfang 2010 schauten 27,9 % der Unternehmen positiv in die Zukunft, aber noch 16,4 % sahen die Lage negativ.

Zudem wurde – gemäß Statistischem Bundesamt – im Jahr 2010 deutlich mehr investiert als im Vorjahr: Die Bruttoinvestitionen, die sich aus den Bruttoanlageinvestitionen – das sind im Wesentlichen Ausrüstungsinvestitionen und Bauinvestitionen – sowie den Vorratsveränderungen zusammensetzen, stiegen preisbereinigt um 10,7 %. Maßgeblich zu diesem Anstieg beigetragen haben die Ausrüstungsinvestitionen, die mit einem Plus von 9,4 % zumindest einen Teil der Rückgänge aus dem Krisenjahr 2009 wieder aufholen konnten. Die Bauinvestitionen erhöhten sich um 2,8 %, was in erster Linie einem kräftigen Zuwachs bei den Wohnbauten (4,4 %) zuzuschreiben ist. Daneben lieferten auch die Vorratsveränderungen mit 0,8 Prozentpunkten einen positiven Beitrag zum BIP-Wachstum.

Die Verwendungsseite des BIP war, wie das Statistische Bundesamt ermittelte, im Jahr 2010 durch positive Impulse aus dem In- und Ausland gekennzeichnet. Der Außenhandel war bereits in vielen früheren Jahren vor der Krise ein wichtiger Wachstumsmotor der deutschen Wirtschaft gewesen. Nach den negativen Wachstumsraten in den vergangenen zwei Jahren erwies er sich 2010 wieder als Stütze der wirtschaftlichen Entwicklung: Die Exporte stiegen preisbereinigt um 14,2 %, die Importe etwas weniger stark um 13,0 %. Der resultierende Außenbeitrag, also die Differenz zwischen Exporten und Importen, steuerte dadurch im Jahr 2010 einen positiven Wachstumsbeitrag von 1,1 Prozentpunkten zum BIP bei (2009: -2,9 Prozentpunkte).

Im Jahr 2010 wurde auch wieder mehr konsumiert als ein Jahr zuvor: Sowohl die staatlichen Konsumausgaben (2,2 %) als auch die privaten Konsumausgaben (0,5 %) stiegen preisbereinigt an.

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte erhöhte sich 2010 um 2,6 % und belief sich auf 1.595 Milliarden Euro. Der Anstieg der in jeweiligen Preisen berechneten Konsumausgaben der privaten Haushalte fiel mit 2,4 % etwas niedriger aus. Im Jahr 2009 waren beide Größen erstmals seit der Wiedervereinigung leicht zurückgegangen. Die Sparquote der privaten Haushalte war 2010 mit 11,4 % noch etwas höher als 2009 (11,1 %).

Der Arbeitsmarkt hat im Jahr 2010 von der starken konjunkturellen Erholung der deutschen Wirtschaft profitiert. Im Jahresdurchschnitt 2010 waren 3,2 Millionen Menschen arbeitslos, 179.000 weniger als im Vorjahr. Die Arbeitslosenquote belief sich im Jahresdurchschnitt 2010 auf 7,7 %. Im Vergleich zum Vorjahr nahm sie um 0,5 Prozentpunkte ab. Im Main-Kinzig-Kreis sank die Arbeitslosenquote von 6,3 % im Jahr 2009 auf 6,2 % im Jahr 2010.

Die Verbraucherpreise sind 2010 in Deutschland um 1,1 % gestiegen. Die moderate Entwicklung ist im Zusammenhang mit der geringen Kapazitätsauslastung zu sehen. Einmal mehr lag die Inflationsrate hierzulande – 2010 um rund einen halben Prozentpunkt – unter dem Durchschnitt des Euroraums. Ein dringend erforderliches Aufholen an preislicher Wettbewerbsfähigkeit der Partnerländer gegenüber Deutschland hat somit 2010 noch nicht stattgefunden. Künftig mögen sich die Relationen aber umkehren, denn Konjunktur und Kreditvergabe sind in den meisten anderen Ländern der Währungsunion schwächer als in Deutschland.

Die Europäische Zentralbank (EZB) beließ im Jahr 2010 den Leitzins bei 1,00 % und schränkte die unbegrenzte Zuteilung nicht ein, um ein Austrocknen der Geldmärkte zu verhindern. Damit befand sich der wichtige Zinssatz der EZB weiterhin auf historisch niedrigem Niveau. Die letzte Veränderung fand im Mai 2009 statt, als die Notenbank den Leitzins von 1,25 % auf 1,00 % absenkten.

In den Staatshaushalten machten sich im Jahr 2010 die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise nochmals deutlich bemerkbar: Der Staatssektor wies nach noch vorläufigen Berechnungen ein Finanzierungsdefizit in Höhe von 88,6 Milliarden Euro aus. Das war der höchste jemals gemessene Wert. Die Ausgaben sind mit 2,2 % stärker gestiegen als die Einnahmen mit 0,9 %. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen errechnet sich für den Staat eine Defizitquote von 3,5 %. Nach leichten Überschüssen in den Jahren 2007 (0,3 %) und 2008 (0,1 %) sowie einer Defizitquote von 3,0 % im Jahr 2009 würde – nach vorläufigen Berechnungen – der im Maastricht-Vertrag genannte Referenzwert von 3 % für das Verhältnis zwischen dem öffentlichen Defizit und dem Bruttoinlandsprodukt damit im Jahr 2010 erstmals seit fünf Jahren wieder überschritten.

Berichterstattung über die Branchensituation

Das operative Geschäft hat sich bei den deutschen Kreditinstituten im Jahr 2010 generell positiv entwickelt. Sie profitieren sowohl von der guten konjunkturellen Entwicklung und der damit einhergehenden besseren Bonität ihrer Kreditnehmer als auch von der Struktur der Zinskurve im Geld- und Kapitalmarkt. Die vorliegenden Zwischenberichte weisen im Vergleich zum Vorjahr bei vielen Instituten einen gestiegenen Zinsüberschuss aus. In einem Umfeld stabiler Wachstumsraten hielt sich dagegen das Risiko von Kreditausfällen bei privaten und gewerblichen Kunden im Rahmen. Die zeitweilig befürchtete Kreditklemme blieb aus. Belastungen entstehen durch die Einleitung der regulatorischen Maßnahmen wie die Einführung der Bankenabgabe und die Verabschiedung des Restrukturierungsgesetzes. Mit der Schuldenkrise in der Europäischen Währungsunion ist zusätzlich ein weiterer Unsicherheitsfaktor entstanden, der sich direkt auf die Finanzierungsmöglichkeiten einzelner Staaten negativ ausgewirkt hat und indirekt die Refinanzierungsmöglichkeiten der Banken am Kapitalmarkt verteuerte. Das Gesamtbild ist jedoch weiterhin vielschichtig. Traditionell einlagenbasierte Institute wie Genossenschaftsbanken und Sparkassen erweisen sich wie in den vergangenen Jahren weiter als Stabilitätsanker sowohl auf der Einlagenseite als auch durch Kreditangebote insbesondere für kleinere und mittlere Unternehmen.

Rechtliche Rahmenbedingungen der Sparkasse

Die Sparkasse Hanau ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Träger ist der Sparkassenzweckverband Hanau. Die Sparkasse Hanau ist Mitglied der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen, die durch ihr Verbundkonzept zu einem gemeinsamen Produktions- und Vertriebsverbund mit gemeinsamem Risikomanagement zusammengeschlossen ist.

Gemäß ihrem öffentlichen Auftrag und dem Regionalprinzip folgend bietet die Sparkasse Hanau in ihrem Geschäftsgebiet alle Finanzdienstleistungen an.

Für Verbindlichkeiten, die vor dem 19. Juli 2001 eingegangen wurden, gilt die bisherige Gewährträgerhaftung unbeschränkt. Zwischen dem 19. Juli 2001 und dem 18. Juli 2005 eingegangene Verbindlichkeiten fallen unter die Gewährträgerhaftung, wenn die Laufzeit nicht über den 31. Dezember 2015 hinausgeht. Für die übrigen Verbindlichkeiten besteht keine Haftung des Trägers.

Die Sparkasse Hanau ist als Mitglied im Sparkassenstützungsfonds des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen dem Sicherungssystem der Deutschen Sparkassenorganisation angeschlossen. Dieses System stellt sicher, dass die angeschlossenen Institute selbst geschützt, insbesondere deren Liquidität und Solvenz gewährleistet werden. Dem Sicherungssystem der Deutschen Sparkassenorganisation sind die Sparkassen, Landesbanken und Landesbausparkassen angeschlossen. Als institutssichernde Einrichtung im Sinne des Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes schützt dieses System den Bestand der angeschlossenen Institute. Die fälligen Ansprüche jedes Kunden, insbesondere jedes Einlegers, z. B. aus Spar-, Termin- oder Sichteinlagen sowie verbrieft Forderungen, wie auch alle anderen Ansprüche können daher in voller Höhe erfüllt werden. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat den Haftungsverbund der Deutschen Sparkassenorganisation als Verbund in Form einer institutssichernden Einrichtung aufsichtlich anerkannt. Dies führt zu einer Nullanrechnung verbundinterner Forderungen im Rahmen der Solvabilitätsverordnung.

Die Sparkasse Hanau ist darüber hinaus dem beim Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen gebildeten Reservefonds angeschlossen. Der Reservefonds sichert die Verbindlichkeiten der Sparkasse gegenüber Kunden einschließlich Kreditinstituten, Versicherungsunternehmen und sonstigen institutionellen Anlegern sowie die verbrieften Verbindlichkeiten. Ausgenommen hiervon sind Verbindlichkeiten, die bei den Instituten als Eigenmittelbestandteile i. S. v. § 10 KWG dienen oder gedient haben.

Darstellung der Geschäftsentwicklung

Bilanzielle Entwicklung

Aktiva in Mio. EUR	2009	2010	Veränderung	
			absolut	in %
Forderungen an Kreditinstitute	487	520	33	6,8%
Forderungen an Kunden	2.776	2.779	3	0,1%
Wertpapiere	844	867	23	2,7%
Beteiligungen / Anteile an verbundenen Unternehmen	42	41	-1	-2,4%
Übrige Aktiva	95	82	-13	-13,7%
Bilanzsumme	4.244	4.289	45	1,1%

Passiva in Mio. EUR	2009	2010	Veränderung	
			absolut	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.341	1.446	105	7,8%
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.433	2.405	-28	-1,2%
Verbriefte Verbindlichkeiten	221	172	-49	-22,2%
Rückstellungen	24	23	-1	-4,2%
Nachrangige Verbindlichkeiten	10	10	0	0,0%
Eigenkapital (inkl. Fonds für allgemeine Bankrisiken § 340g HGB)	205	223	18	8,8%
Übrige Passiva	10	10	0	0,0%
Bilanzsumme	4.244	4.289	45	1,1%

Die bilanzielle Entwicklung ist erneut durch einen leichten Anstieg der Bilanzsumme um 45 Mio. EUR auf 4.289 Mio. EUR gekennzeichnet. Das Geschäftsvolumen, das neben der Bilanzsumme auch die Eventualverbindlichkeiten umfasst, legte ebenfalls zu und stieg auf 4.455 Mio. EUR nach 4.384 Mio. EUR im Vorjahr.

Hohes Niveau im Kundenkreditgeschäft gehalten

Traditionell wird die Aktivseite der Sparkassenbilanz vom Kreditgeschäft mit Kunden geprägt. Das hohe Niveau des Vorjahrs konnte gut gehalten werden. Die Forderungen an Kunden betragen jetzt 2.779 Mio. EUR (+3 Mio. EUR). Im Gegenzug reduzierten sich die unwiderruflichen Kreditzusagen um 4 Mio. EUR auf 93 Mio. EUR.

Innerhalb der Forderungen an Kunden kam es zu Verschiebungen bei den Kundengruppen. Während die Forderungen an Öffentliche Haushalte von 594 Mio. EUR auf 565 Mio. EUR zurückgingen, stiegen die Forderungen an Privatkunden leicht um 4 Mio. EUR auf 1.157 Mio. EUR an. Die Bruttovolumina der Forderungen an Unternehmen und Selbstständige stiegen im Jahresverlauf um rund 3 % auf nunmehr 1.243 Mio. EUR an.

Die Volumenentwicklung im Kundenkreditgeschäft entspricht insgesamt den Erwartungen.

Ungebrochener Trend zu kurzfristigen Anlagen

Im bilanziellen Einlagengeschäft reduzierten sich im Jahr 2010 die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden auf 2.405 Mio. EUR nach 2.433 Mio. EUR im Vorjahr. Weiterhin besonders

gefragt waren in der anhaltenden Niedrigzinsphase Anlagen in Tagesgeldern. Der Rückgang bei bilanziellen Anlagen mit Zinsbindungen von ein bis fünf Jahren sowie Termineinlagen setzte sich weiter fort.

Die verbrieften Verbindlichkeiten gingen um 49 Mio. EUR auf 172 Mio. EUR zurück.

Im bilanziellen Einlagengeschäft konnte das angestrebte Volumen nicht ganz gehalten werden. Hierbei machte sich auch die stärkere Konzentration auf das außerbilanzielle Wertpapiergeschäft bemerkbar.

Bilanzsumme insgesamt weiter moderat gewachsen

Im Hinblick auf ein ausgewogenes Ertrag-Risiko-Verhältnis wurde das Volumen des bilanziellen Eigengeschäfts nochmals leicht ausgebaut. Die Forderungen an Kreditinstitute erhöhten sich um 33 Mio. EUR auf 520 Mio. EUR. Die eigenen Wertpapiere betragen 867 Mio. EUR nach 844 Mio. EUR im Vorjahr. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erhöhten sich um 105 Mio. EUR und belaufen sich zum Bilanzstichtag auf 1.446 Mio. EUR. Der überwiegende Teil der Ausweitung entfiel hierbei auf die täglich fälligen Verbindlichkeiten sowie auf ein zum Bilanzstichtag in Anspruch genommenes Offenmarktgeschäft der EZB. Rückgänge ergaben sich bei den Termineinlagen und den verkauften Sparkassenbriefen.

Insgesamt ist das Wertpapierportfolio hinsichtlich der Laufzeiten bis maximal 10 Jahre Restlaufzeit gestreut. Rund die Hälfte der Papiere weisen Restlaufzeiten von maximal zwei Jahren auf. Der Schwerpunkt bzgl. der Emittenten liegt bei Kreditinstituten und Öffentlichen Emittenten, rund 10% des Bestandes sind Unternehmensanleihen aus dem Investment Grade Bereich mit dem Schwerpunkt in Deutschland. Ferner ist die Sparkasse in Wertpapier-Spezialfonds mit dem Anlageschwerpunkt in Unternehmensanleihen des Industrie- sowie Finanzbereichs und in Immobilienfonds investiert.

Die Ausdehnung der Bilanzsumme übertraf die im Vorjahr formulierten Erwartungen leicht.

Außerbilanzielles Finanzdienstleistungsangebot

Die Sparkasse Hanau bietet ihren Kunden umfassende Produkte und Dienstleistungen an, die nicht unmittelbar in der Sparkassenbilanz abgebildet werden. Das Wertpapiergeschäft und die Depotwerte unserer Kunden profitierten von der Erholung an den Finanzmärkten. Nach einem starken Anstieg im Vorjahr konnten das Bausparneugeschäft und Versicherungsgeschäft nicht auf dem hohen Niveau gehalten werden, beide liegen aber weiter über bzw. im Durchschnitt der vergangenen drei Jahre.

nichtbilanzwirksames Kundengeschäft in Mio. EUR	2009	2010	Veränderung	
			absolut	in %
Wertpapiergeschäft inkl. Dekabank (Depotwerte ohne eigene IHS)	513,7	568,5	54,8	10,7%
Bausparneugeschäft (LBS-Bausparvolumen Neugeschäft)	62,3	57,4	-4,9	-7,9%
Versicherungsgeschäft (Leben- / Rentenversicherungen der SV Sparkassenversicherung)	22,7	18,4	-4,3	-18,9%

Die S-FinanzDienste Hanau-Main-Kinzig GmbH, ein 100%iges Tochterunternehmen der Sparkasse Hanau, übernimmt für diese die Bereiche mobiler Vertrieb, Immobilienvermittlung sowie das Bauspargeschäft. In der S-VersicherungsService Hanau-Main-Kinzig GmbH, ebenfalls ein 100%iges Tochterunternehmen, sind die Bereiche Vorsorge und Versicherungen angesiedelt. Darüber hinaus hat die Sparkasse an die S-Dienstleistung Hanau-Main-Kinzig GmbH, ein weiteres 100%iges Tochterunternehmen, wesentliche Teile der Marktfolge-Sachbearbeitung Giro/Spar sowie die Archivierung und Immobilienbewertung ausgelagert.

Ertragslage

Ertragslage in Mio. EUR	2009	2010	Veränderung	
			absolut	in %
Zinsüberschuss (einschl. laufender Erträge)	74,0	84,0	10,0	13,5%
Provisionsüberschuss	14,4	14,8	0,4	2,8%
Verwaltungsaufwendungen und Abschreibungen (-)	58,9	56,4	-2,5	-4,2%
Teilbetriebsergebnis	29,5	42,4	12,9	43,7%
Nettoergebnis des Handelsbestandes	0,2	0,0	-0,2	-100,0%
Saldo aus sonstigen Erträgen und Aufwendungen	0,7	2,3	1,6	228,6%
Betriebsergebnis vor Bewertung	30,4	44,7	14,3	47,0%
Bewertungsergebnis (-)	11,2	22,0	10,8	96,4%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	19,2	22,7	3,5	18,2%

Der Zinsüberschuss (einschl. laufender Erträge) stieg im Jahr 2010 aufgrund der weiterhin günstigen Refinanzierungsmöglichkeiten am Geldmarkt sowie der erfolgreichen Vertriebsaktivitäten in allen Geschäftsfeldern deutlich auf 84,0 Mio. EUR. Der Provisionsüberschuss wurde auf 14,8 Mio. EUR um 2,8% gesteigert, wofür insbesondere höhere Einnahmen aus dem Wertpapier- sowie dem Girogeschäft verantwortlich waren. Die Verwaltungsaufwendungen konnten um 4,2 % trotz tariflicher Steigerungen bei den Personalaufwendungen auf 53,0 Mio. EUR deutlich reduziert werden. Rückläufig waren sowohl der Personalaufwand aus dem Wegfall eines Sondereffekts als auch der Sachaufwand, bei dem Einsparungen im IT-Bereich realisiert werden konnten. Das Nettoergebnis des Handelsbestandes war nahezu ausgeglichen nach +0,2 Mio. EUR im Vorjahr.

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen gingen erneut zurück, und zwar von 3,6 Mio. EUR auf 3,4 Mio. EUR.

Die Wertpapiere werden zu den Anschaffungskosten beziehungsweise niedrigeren Kurswerten oder den niedrigeren beizulegenden Werten bilanziert (strenges Niederstwertprinzip). Die Sparkasse hat gemäß § 340f Abs. 3 HGB eine Verrechnung zwischen Erträgen und Aufwendungen vorgenommen. Per saldo wurden Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft in Höhe von 12,8 Mio. EUR (2009: Zuschreibungen und Auflösungen in Höhe von 2,7 Mio. EUR) vorgenommen. Die Bewertungsergebnisse im Wertpapier- sowie im Kreditgeschäft haben dabei annähernd gleiche Größenordnungen. Darüber hinaus wurden Vorsorge-reserven gebildet. Zur weiteren Stärkung des Kernkapitals wurde der Fonds für allgemeine Bankrisiken gem. § 340g HGB von 13 Mio. EUR auf 22 Mio. EUR erhöht.

Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit belief sich insgesamt auf 22,7 Mio. EUR (2009: 19,2 Mio. EUR). Dies war im Wesentlichen auf die Steigerung des Zinsüberschusses

sowie den Rückgang der Verwaltungsaufwendungen zurückzuführen. Der Steueraufwand stieg in der Folge um 1,8 Mio. EUR auf 12,5 Mio. EUR.

Die Sparkasse Hanau hat im Geschäftsjahr 2010 einen Jahresüberschuss von 9,0 Mio. EUR erzielt.

Die Cost-Income-Ratio ging im Geschäftsjahr 2010 von 67,1 % auf 56,8 % zurück. Die bilanzielle Eigenkapitalrentabilität vor Steuern stieg im Gegenzug im Vergleich zum Vorjahr von 10,5 % auf 11,8%.

Insgesamt entwickelte sich die Ertragslage der Sparkasse im vergangenen Jahr erfreulich. Die Geldmarktzinsen blieben entgegen den Erwartungen auf niedrigem Niveau, sodass die Refinanzierungskosten nicht wie erwartet anstiegen. Daher konnte im Zinsüberschuss die Planung aufgrund der vorhandenen Positionierung deutlich übertroffen werden. Das Aufwandsmanagement zeigte eine bessere Wirkung als erwartet. Dadurch konnten die Verwaltungsaufwendungen entgegen der ursprünglichen Planung gesenkt werden. Im Ergebnis lag damit das Jahresergebnis deutlich über dem Wert aus der Planung 2010.

Finanzlage

Finanzmanagement

Die Sparkasse Hanau refinanziert sich über die Einlagen ihrer Kunden sowie an den Geld- und Kapitalmärkten. Sie geht dabei sowohl langfristige als auch kurzfristige Zinsbindungen ein. Die Refinanzierung erfolgt in inländischer Währung. Die Möglichkeit der Refinanzierung über öffentliche Namenspfandbriefe und Hypothekenspfandbriefe wurde weiter genutzt. Das Finanzmanagement der Sparkasse dient neben dem Ausgleich der Zahlungsströme im Kundengeschäft auch der Erzielung von Transformationsbeiträgen. Das Risikomanagement in diesem Bereich ist an späterer Stelle beschrieben.

Liquidität

Die Zahlungsfähigkeit war im Geschäftsjahr 2010 jederzeit gewährleistet. Die Anforderungen der vom Bundesministerium der Finanzen aufgestellten Liquiditätsverordnung wurden stets eingehalten. Zum Jahresende 2010 hat die Liquiditätskennziffer 1,53 betragen (Vorjahr: 1,66; Mindestwert 1,0). Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften unterhält die Sparkasse Guthaben bei der Deutschen Bundesbank.

Die günstigen Refinanzierungsmöglichkeiten über Offenmarktgeschäfte der Europäischen Zentralbank wurden genutzt. Die Liquiditätskreditlinie bei der Landesbank Hessen-Thüringen stand weiterhin zur Verfügung.

Vermögenslage

Eigenkapital

Die Sparkasse Hanau verfügte neben der Sicherheitsrücklage über einen Sonderposten für allgemeine Bankrisiken gem. § 340g HGB sowie über umfangreiche ergänzende Eigenkapitalbestandteile. Diese bestanden sowohl aus den nachrangigen Verbindlichkeiten als auch aus den Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB.

Die gesetzlichen Eigenkapitalbestimmungen, die das Verhältnis von haftendem Eigenkapital zur Summe der gewichteten Risikoaktiva gemäß § 10 KWG definieren, wurden gemäß SolvV mit einer Gesamtkapitalziffer von 14,2 % nach 13,9 % im Vorjahr weiterhin deutlich übererfüllt. Die Kernkapitalquote beträgt 9,6 % nach 9,0 %. Die Sparkasse quantifiziert ihre Adressenrisiken mit dem Kreditrisikostandardansatz und die operationellen Risiken mit dem Basisindikatoransatz.

Die Basis für eine zukünftige Geschäftsausweitung ist gegeben.

Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Im Jahresdurchschnitt 2010 arbeiteten für die Sparkasse 641 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr 651) in Voll- und Teilzeit. Darunter waren 41 Auszubildende (Vorjahr: 42). Die Möglichkeit zur Teilzeitarbeit wird von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gut in Anspruch genommen. Dies berücksichtigt die Kennzahl Mitarbeiterkapazität. Die Mitarbeiterkapazität (Äquivalent zu Vollzeitbeschäftigten) betrug zum Jahresende (ohne Auszubildende) 488 nach 491 im Vorjahr. Die Tochtergesellschaften beschäftigten zum Jahresende 37 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 35). Das Modell der Altersteilzeitregelung wendet die Sparkasse weiterhin an. Die Möglichkeit der Elternzeit haben auch acht Väter in Anspruch genommen.

Die Fluktuationsrate der bankspezifisch Beschäftigten (ohne Ausscheiden aus dem Berufsleben) sank weiter auf 4,1 % (Vorjahr 4,7 %).

Die Altersstruktur der bankspezifisch Beschäftigten stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2009	31.12.2010
unter 20 Jahre	1	3
20 bis unter 30 Jahre	91	92
30 bis unter 40 Jahre	155	140
40 bis unter 50 Jahre	168	175
50 bis unter 60 Jahre	124	129
über 60 Jahre	17	17
Insgesamt	556	556

Der Erfolg der Sparkasse Hanau beruht ganz wesentlich auf dem Einsatz und dem Engagement ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dabei kommt der ständigen Fort- und Weiterbildung eine zentrale Bedeutung zu, wobei hier sowohl eine Zusammenarbeit mit der Sparkassenakademie Hessen-Thüringen erfolgt als auch interne und externe Referenten für Schulungsmaßnahmen eingesetzt werden.

Die Sparkasse wendet den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) an und nutzt dabei die Möglichkeit, Teile der Vergütung an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter variabel zu gestalten.

Gesellschaftliches Engagement ist ein Kernelement des Selbstverständnisses der Sparkasse Hanau. Die Sparkasse stellt sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung und engagiert sich umfangreich. Insgesamt hat die Sparkasse rund 550 Vereine und Einrichtungen unterstützt. Neben Erträgen aus den Stiftungen kamen rund 590.000 Euro insbesondere kulturellen und

sozialen Einrichtungen sowie Sportvereinen zugute. Zudem hat die Sparkasse 1,2 Mio. Euro in ihre Stiftungen eingebracht.

Zusammenfassend beurteilt der Vorstand die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage der Sparkasse Hanau als geordnet und zufriedenstellend.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung mit Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind nach Ablauf des Geschäftsjahrs 2010 nicht eingetreten.

Risikobericht

Risikomanagementziele

Ein ertragsorientiertes Bankmanagement zielt bewusst darauf ab, Risiken zu übernehmen und diese aktiv zu steuern. Zu den wesentlichen Risiken zählen Adressen-, Markt- und Liquiditätsrisiken sowie operationelle Risiken. Die geschäftspolitischen Entscheidungen der Sparkasse Hanau und die damit verbundene Übernahme von Risiken sind mit dem Ziel einer angemessenen Rentabilität verbunden.

Die aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen für die Bemessung, Kontrolle und Steuerung der wesentlichen Risiken eines Kreditinstituts sind in den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) zusammengefasst. Diese wurden im Dezember 2010 erneut novelliert. Die Sparkasse Hanau wird auch die neuen Anforderungen im Laufe des Jahres 2011 erfüllen.

Die Sparkasse Hanau handelt auf Grundlage eines individuellen Risikotragfähigkeitskonzepts. Die Betrachtung von zur Verfügung stehenden Risikodeckungspotenzialen und die daraus abgeleitete Limitierung der verschiedenen Risikoarten tragen diesem Sachverhalt Rechnung. In die GuV-orientierte Ermittlung des Risikodeckungspotenzials gehen neben dem erwarteten Ergebnis des laufenden Jahres im Wesentlichen die Vorsorgereserven nach § 340f HGB, der Fonds für allgemeine Bankrisiken gem. § 340g HGB und das bilanzielle Eigenkapital ein, soweit diese nicht im Rahmen der Eigenmittelunterlegung nach SolvV gebunden sind. Im Rahmen des bestehenden Tragfähigkeitskonzepts erfolgt auch regelmäßig eine Betrachtung von unterschiedlichen außergewöhnlichen Ereignissen. Dabei wird sichergestellt, dass auch in diesen Szenarien die Risikotragfähigkeit der Sparkasse gewährleistet ist. Eine rentabilitätsorientierte Risikopolitik verbunden mit dem Risikotragfähigkeitskalkül bilden somit die elementaren Säulen für das Risikomanagement der Sparkasse.

Ziel des Risikomanagements ist die angemessene und regelmäßige Quantifizierung, Kontrolle und Steuerung aller Risiken, denen die Sparkasse ausgesetzt ist, wobei neben Real-Case-Szenarien und Worst-Case-Szenarien auch außergewöhnliche Umweltzustände (Stressszenarien) berücksichtigt werden.

Risikomanagementmethoden

In ihrem Methodikleitfaden Risikomanagement und im Strategie-Handbuch hat die Sparkasse die für sie bedeutsamen Risiken, deren Ermittlung, Bewertung und Steuerung sowie die Systematik der Ermittlung der Risikotragfähigkeit und das Limitsystem dokumentiert. Die

Sparkasse Hanau hat ihr Risikodeckungspotenzial nicht vollständig mit internen Limiten belegt.

Das Risikocontrolling ist organisatorisch von den Bereichen Markt und Handel getrennt. Die Interne Revision prüft und überwacht den Risikomanagementprozess.

Methoden zur Absicherung

Die Sparkasse Hanau setzt zur Risikosteuerung und -absicherung derivative Finanzinstrumente ein. Art und Umfang der derivativen Geschäfte werden nachfolgend bei den jeweiligen Risikokategorien erläutert und ergeben sich aus dem Anhang des Jahresabschlusses.

Wesentliche Risiken der Sparkasse Hanau:

Adressrisiken	- Einzelgeschäftsebene	- Portfolioebene
Marktpreisrisiken	Zinsänderungsrisiko -periodenorientiert - wertorientiert	Sonstige - Aktien - Devisen - Immobilienfonds
Liquiditätsrisiken		
Operationelle Risiken		

Adressenrisiken

Unter dem Adressenrisiko wird der teilweise oder vollständige Ausfall einer Zahlung oder die Verschlechterung der Bonität eines Vertragspartners bezeichnet, die mit einem Wertverlust des Finanzgeschäfts verbunden ist.

Auf Einzelgeschäftsebene erfolgt eine risikobewusste Kreditwürdigkeitsprüfung. Dabei werden zentral für die S-Finanzgruppe entwickelte Ratingverfahren eingesetzt.

Zusätzlich verwendet die Sparkasse Hanau zur Quantifizierung der Adressenrisiken auf Portfolioebene das DSGVO-Programm Credit Portfolio View (CPV). Die erforderlichen Parameterdaten werden fortlaufend erhoben und finden innerhalb der monatlichen Berechnung des Ausfallrisikos mit Hilfe des Value-at-Risk-Konzepts ihren Niederschlag. Zur Steuerung von Adressenrisiken werden auch Kreditderivate (Credit-Default-Swaps), Metakreditgeschäft und Kreditpool-Transaktionen eingesetzt. Hierbei tritt die Sparkasse sowohl als Risikokäufer als auch als Risikoverkäufer auf.

Um einen zeitnahen Einblick in den zum Jahresende zu erwartenden Risikovorsorgeaufwand zu erhalten, führt die Sparkasse monatlich einen Prozess zur Forderungsbewertung durch.

Am 31. Dezember 2010 ergab sich für das Kundenkreditportfolio (einschließlich Kreditzusagen) folgende Risikostruktur: Auf die Ratingklassen 1 bis 8, die eine mittlere Ausfallwahrscheinlichkeit innerhalb eines Jahres zwischen 0,01 % und 1,30 % aufweisen, entfällt ein

Anteil von 78,0 % am Kundenkreditvolumen. Auf die Ratingklassen 9 bis 15 mit einer mittleren Ausfallwahrscheinlichkeit zwischen 2,00 % und 20,00 % entfällt ein Anteil von 16,3 % am Kundenkreditvolumen. 1,4 % des Kundenkreditvolumens entfallen auf die Ratingklassen 16 und 18. 4,3 % des Kundenkreditvolumens wurden zum Stichtag als ungeratet geführt.

Zum Bilanzstichtag ergab sich im Eigengeschäft folgende Risikostruktur: Auf den Bereich der Ratingklasse 1 (AAA bis A-; mittlere Ausfallwahrscheinlichkeit bis 0,09 % p.a.) entfallen 85 % der Anlagen, 13 % entfallen auf die Ratingklassen 2-5 (bis BBB-; mittlere Ausfallwahrscheinlichkeit zwischen 0,12 % und 0,40 % p.a.). Die weiteren 2 % der Anlagen weisen ein Rating zwischen Stufe 6 und 12 auf (bis B-; mittlere Ausfallwahrscheinlichkeit bis 6,70 % p.a.).

Marktpreisrisiken

Das Marktpreisrisiko wird als die Gefahr negativer Abweichungen einer Position bzw. mehrerer Positionen von einem Referenzwert, welcher sich durch Änderungen der Marktrisikofaktoren ergibt, beschrieben. Das Zinsänderungsrisiko ist wesentlicher Bestandteil des Marktpreisrisikos.

Zur Steuerung des Abschreibungsrisikos im Wertpapiergeschäft erfolgt eine tägliche Bewertung der betreffenden Positionen. Die Sparkasse quantifiziert das Abschreibungsrisiko im Wertpapiergeschäft im Rahmen des täglichen Reports der Marktpreisrisiken.

Die Sparkasse verfolgt zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos auf Gesamtbankebene einen wertorientierten Steuerungsansatz unter Beachtung des periodischen Ergebnisses. Hierfür finden die entsprechenden DSGVO-Studien Berücksichtigung. Die Analyse des Zinsänderungsrisikos für die Bestände des Eigen- und des Kundengeschäfts wird mit Hilfe eines Value-at-Risk-Konzepts, das auf der sogenannten Modernen historischen Simulation basiert, auf täglicher bzw. monatlicher Basis durchgeführt. Das Kundengeschäft wird nach einer Benchmark, das Eigengeschäft der Sparkasse wird aktiv gesteuert. Hierbei wird im Normal Case ein Konfidenzniveau von 95 % (im Worst Case 99,99 %) simuliert. Die Haltedauer beträgt dabei 10 Tage im Eigengeschäft und 21 Tage im Kundengeschäft. Als Stützzeitraum wird die Historie seit Anfang 1988 betrachtet. Zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos setzt die Sparkasse Hanau neben bilanziellen Instrumenten auch Derivate, insbesondere Payer- und Receiver-Swaps ein. Diese werden sowohl als Micro-Hedges als auch im Rahmen der benchmark-orientierten Zinsbuchsteuerung genutzt.

Auch bei den weiteren Marktpreisrisiken erfolgt eine VaR-Quantifizierung. Im Normal Case wird ein Konfidenzniveau von 95 % simuliert (Worst Case mindestens 99,9 %). Stützzeitraum sind mindestens 250 Handelstage.

Die Marktpreisrisiken betragen insgesamt zum 31.12.2010 (VaR) 8,8 Mio. EUR (Vorjahr: 7,8 Mio. EUR). Zusätzlich zur wertorientierten Betrachtung erfolgt die vierteljährliche Quantifizierung der Risiken unter einer GuV-orientierten Sichtweise. Hierbei werden verschiedene Geschäftsstruktur- und Zinsszenarien berücksichtigt. Beide Modelle enthalten ein Limitsystem, das der Sparkasse die Risikoauslastung aufzeigt.

Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass eine Zahlungsverpflichtung nicht mehr uneingeschränkt erfüllt werden kann. Die bestehenden umfangreichen Refinanzierungsmöglichkeiten und die Investition in liquide Eigenanlagen gewährleisten die tägliche Zahlungsfähigkeit. Auf Basis von verschiedenen Liquiditätsszenarien führt die Sparkasse regelmäßig eine vorausschauende Liquiditätsplanung durch und stellt eine ausgewogene Struktur der Aktiva und der Passiva dar.

Operationelle Risiken

Das operationelle Risiko beinhaltet die Gefahr von unmittelbaren oder mittelbaren Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder von externen Ereignissen eintreten.

Die Sparkasse Hanau setzt verschiedene Methoden ein, um operationelle Risiken zu identifizieren. Zur Erkennung von eingetretenen operationellen Risiken setzt die Sparkasse eine Schadensfalldatenbank ein. Der Vorstand wird fallweise sowie vierteljährlich über Art und Umfang eingetretener Schadensfälle unterrichtet.

Darüber hinaus wird zur Steuerung und Identifikation von möglichen operationellen Risiken eine Risikolandkarte jährlich erstellt. Hierbei werden verschiedene Prozesse der Sparkasse von sachkundigen Mitarbeitern beurteilt. Die Ergebnisse werden dem Vorstand berichtet. Die operationellen Risiken werden mittels Basisindikatoransatz nach Solvabilitätsverordnung quantifiziert. Zum 31.12.2010 beträgt die Eigenkapitalunterlegung hieraus 12,7 Mio. EUR. Der risikoäquivalente Betrag wird im Rahmen des bestehenden Gesamtbanklimitsystems angerechnet und findet somit im Rahmen des ganzheitlichen Risikomanagementkonzepts Berücksichtigung.

Zusammenfassende Darstellung

Die Sparkasse Hanau hat ein umfangreiches System zur Bestimmung des zur Verfügung stehenden Risikodeckungspotenzials implementiert. Die Gesamtbankrisiken, die sich im Wesentlichen durch die Zusammenführung der oben beschriebenen Risiken ergeben, sind durch das vorhandene Risikodeckungspotenzial abgeschirmt. Die in den einzelnen Risikokategorien vorgegebenen internen Limite wurden in allen Szenarien eingehalten.

Die Sparkasse ist Mitglied der S-Finanzgruppe Hessen-Thüringen und in das Neue Verbundkonzept eingebunden. Als ein zentraler Bestandteil wurde ein Risikofrühwarnsystem installiert. In zwei komplementären Ansätzen werden die Institute anhand ihrer betriebswirtschaftlichen Kennziffern und ihrer Risikotragfähigkeit beobachtet. Für die Sparkasse sind daraus insgesamt keine Risiken erkennbar.

Die Sparkasse Hanau hat folgende unabhängige Ratings erhalten:

Ratingagentur	Lang- fristiges Rating	Aus- blick	Kurzfrist- Rating	erstellt / bestätigt
Verbundratings auf Ebene der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen:				
Fitch	A+	Stabil	F1+	22.11.2010
Standard & Poor's	A	Stabil	A-1	17.09.2010
DSGV-Ratings:				
Dominion Bond Rating Service (Floor-Rating)	A (high)	Stabil	R-1 (middle)	07.04.2010
Fitch (Floor-Rating)	A+	Stabil	F1+	16.09.2010
Moody's (Verbundrating)	Aa2	Stabil	C+	26.04.2010

Prognosebericht

In besonderem Maße bestimmen externe Einflussfaktoren den Geschäftsverlauf des Jahres 2011. Sowohl die weltpolitische Lage als auch die Entwicklung der Konjunktur bestimmen maßgeblich Investitionen, Konsum und Zinsverlauf.

Die konjunkturellen Aussichten in Deutschland sind weiterhin günstig: Die Beschäftigung steigt, die Ertragslage im Unternehmenssektor ist gut. Die Verschuldung bei Unternehmen ist recht niedrig. Die Auftragslage bei Unternehmen ist aufgrund hoher Bestellungen aus dem In- und Ausland gut. Die Sparkasse geht von einem deutlichen Wachstum der Wirtschaft aus. Insgesamt wird allerdings von einer Verlangsamung der konjunkturellen Dynamik im Jahresverlauf auszugehen sein. Die Arbeitslosenquote wird voraussichtlich weiter sinken. In 2011 laufen die Konjunkturpakete aus. Allerdings sollte der Aufschwung hinreichend stark sein und selbst tragenden Charakter erlangen. Langfristig erfordern die Vorgaben der grundgesetzlich verankerten Schuldenbremse einen Abbau der Defizite. Deutschland ist mit relativ strikten Vorgaben und dem bereits in den vergangenen Jahren im internationalen Vergleich recht moderaten Verschuldungskurs gut positioniert. Insgesamt ist das gleichzeitige Konsolidieren in vielen Industrieländern wegen des davon erzeugten Nachfrageausfalls nicht ohne Gefahren für die Weltwirtschaft. Die Branchenstruktur in Hessen und insbesondere im Rhein-Main-Gebiet wird die weltwirtschaftliche Abschwächung vor Ort abfedern und eine mindestens auf dem Bundesniveau liegende Entwicklung sicherstellen.

Die Preisentwicklung in Euroland wird voraussichtlich über dem Zielkorridor der EZB verbleiben. Vor diesem Hintergrund erwartet die Sparkasse Hanau ein höheres Leitzinsniveau in 2011. Die Intensität der weiteren Leitzinserhöhungen wird insbesondere von der Inflationsentwicklung abhängen.

Vor diesem Hintergrund prognostiziert die Sparkasse Hanau ihre Unternehmensentwicklung. Der tatsächliche Geschäftsverlauf kann aufgrund der grundsätzlichen Unsicherheit der zukünftigen Entwicklung vom prognostizierten abweichen. Die Sparkasse überprüft unterjährig im Rahmen der mittelfristigen Unternehmensplanung die tatsächliche Entwicklung und passt die Ergebnisplanung bei wesentlichen Abweichungen an.

Der Vorstand der Sparkasse Hanau erwartet eine weiter normale Zinsstruktur auf relativ niedrigem Niveau. Durch die Leitzinserhöhungen wird sich die Zinskurve weiter verflachen. Die Refinanzierung wird sich im Vergleich zum Vorjahr verteuern. Die Sparkasse wird in ihrem Eigengeschäft die sich bietenden Möglichkeiten risikoorientiert nutzen.

Die Sparkasse geht von einem stabilen Volumen der Forderungen an Kunden aus. Auch die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden werden trotz eines hart umkämpften Wettbewerbsumfeld voraussichtlich gehalten werden können. In der Folge wird die Bilanzsumme etwa auf Vorjahresniveau liegen.

In ihrer mittelfristigen Unternehmensplanung geht die Sparkasse von einem reduzierten Zinsüberschuss aus. Die erhöhten Vertriebsanstrengungen werden voraussichtlich die im Jahresverlauf ansteigenden Refinanzierungskosten am Geld- und Kapitalmarkt nicht vollständig kompensieren können.

Provisionsüberschuss und sonstiger ordentlicher Ertrag werden durch eine stärkere Ausrichtung auf das Wertpapiergeschäft voraussichtlich steigen. Der Verwaltungsaufwand wird ebenfalls moderat ansteigen. Ursache hierfür sind sowohl voraussichtlich höhere Personalaufwendungen als auch erwartete moderate Sachkostensteigerungen. Die Risikoaufwendungen werden auf Basis unserer Planungen auf dem Vorjahresniveau liegen. Insgesamt erwartet der Vorstand der Sparkasse Hanau ein Jahresergebnis, das leicht unterhalb des Niveaus des Vorjahres liegt. Diese Entwicklungen werden sich voraussichtlich auch im Jahr 2012 fortsetzen.

Risiken bestehen insbesondere in einem Rückschlag in der wirtschaftlichen Entwicklung. Dies würde voraussichtlich zu einem Rückgang im Kreditgeschäft sowie zu höherem Wertberichtigungsbedarf führen. Die Auswirkungen verstärkter Arbeitslosigkeit würden auch im Privatkundensegment deutlich spürbar. Auch eine Ausweitung der Bonitätsaufschläge bei Anleihen kann zu einem erhöhten Bewertungsbedarf führen. Wenn sich die Europäische Zentralbank zu einer stärkeren Anhebung der Leitzinsen oder einer Verknappung der Liquidität am Geldmarkt entschließt, wird sich die Refinanzierung im Eigengeschäft spürbar verteuern und zu einem noch stärkeren Rückgang des Zinsüberschusses führen. Ein deutlicher Anstieg der Zinssätze insbesondere im langfristigen Bereich hätte ebenfalls weiteren Bewertungsbedarf im Eigengeschäft zur Folge. Insgesamt würde das Jahresergebnis deutlich niedriger ausfallen.

Wenn die konjunkturelle Dynamik stärker beibehalten wird und sich das Wachstum auf dem Vorjahresniveau halten kann, wird die investitionsinduzierte Kreditnachfrage ansteigen. Gleichzeitig werden die Risikoaufwendungen im Kreditgeschäft geringer als erwartet ausfallen. Eine stärkere konjunkturelle Belebung hätte auch eine positive Auswirkung auf die Kundeneinlagen sowie das nichtbilanzielle Geschäft der Sparkasse. Sofern die EZB die Inflationsgefahr wieder geringer einschätzt und in der Folge die Leitzinsen weniger stark erhöht werden als dies die Marktteilnehmer aktuell antizipieren, wird die Sparkasse die sich daraus ergebenden Chancen im Eigengeschäft nutzen. Sollte sich die Risiko-Ertrags-Relation durch eine Ausweitung der Zinsdifferenz zwischen Geld- und Kapitalmarkt verbessern, wird die Sparkasse auch die sich daraus ergebenden Chancen nutzen. Insgesamt ließe dies eine Steigerung des Geschäftsvolumens erwarten. Das Jahresergebnis wird bei einem günstigeren Geschäftsumfeld über dem Niveau des Vorjahrs liegen.

Die weiteren regulatorischen Entwicklungen, insbesondere gemäß Basel III, beobachtet die Sparkasse aufmerksam und leitet bei Bedarf Maßnahmen ein, um alle neue regulatorische Anforderungen frühzeitig zu erfüllen.

Durch Prozessoptimierungen und aufbauorganisatorischen Anpassungen wird die Sparkasse Hanau weiterhin ihre Effizienz steigern und dabei die Tochter- und Verbundunternehmen mit einbeziehen. Gleichzeitig erfolgt eine weitere Ausrichtung auf die Kernkompetenzen im Vertrieb. Dazu gehört der weitere Ausbau von Geschäftsfeldern vor Ort.

Die Sparkasse Hanau wird ihr umfangreiches gesellschaftliches Engagement fortsetzen. Dabei sind auch wieder Zustiftungen zu regionalen Stiftungen angedacht.

Wir werden uns weiter als eine wirtschaftlich starke, technisch fortschrittliche Sparkasse positionieren und uns nachhaltig in der Region behaupten. Dabei sind unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter das Kapital, um auch zukünftigen Herausforderungen gewachsen zu sein und den Bürgern, den Selbständigen und Unternehmen und den Kommunen weiterhin als verlässlicher und leistungsstarker Partner zur Seite zu stehen. Wir sind gut gerüstet, auch künftig die Herausforderungen anzunehmen und unserem Anspruch angemessener wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit auch in Zukunft gerecht zu werden.

Statistischer Bericht über die Erfüllung des öffentlichen Auftrags der Sparkasse im Geschäftsjahr 2010 (§ 15 Abs. 2 Satz 2 HSpG i. V. m. § 2 HSpG)

I. Mitarbeiter, Geschäftsstellennetz und Förderung gemeinnütziger und kommunaler Belange

1. Mitarbeiter (per 31.12.2010)

Beschäftigte insgesamt	675
Auszubildende	45

2. Geschäftsstellennetz (per 31.12.2010)

Geschäftsstellen inkl. Hauptstelle	26
SB-Filialen	13
Geldausgabeautomaten	73
Terminals (inkl. GAA) mit Überweisungsfunktion	48

3. Spenden und Sponsoring (ohne Stiftungen) im Geschäftsjahr

In Tsd. EUR	Volumen	Anteil in %
Insgesamt	1.790	
Davon Verwendung für:		
• Soziales	956	54
• Kultur	563	31
• Umwelt	6	0
• Sport	153	9
• Forschung/Wirtschafts-/ Wissenschaftsförderung	112	6
• Sonstiges	0	0

4. Stiftung der Sparkasse Hanau / Bürgerstiftung Hanau Stadt und Land

1. von der Sparkasse aufgebracht Stiftungskapital (in Tsd. EUR) am 31.12.2010	7.250	
2. Stiftungsausschüttungen im Geschäftsjahr		
Insgesamt (in Tsd. EUR):	353	
Davon Verwendung für:	Volumen	Anteil in %
• Soziales	96	27
• Kultur	257	73
• Umwelt	0	0
• Sport	0	0
• Forschung/Wirtschafts-/ Wissenschaftsförderung	0	0
• Sonstiges	0	0

5. Steuerleistung im Geschäftsjahr (in Tsd. EUR)

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	12.466
Sonstige Steuern	48

II. Förderung der Vermögensbildung

1. Bilanzwirksame Anlagen

a) Kontenzahl (per 31.12.2010)

Sparkonten	95.793
Termingeldkonten	873
Konten für täglich fällige Gelder darunter:	128.698
• Geschäftsgirokonten	12.257
• Privatgirokonten	76.815
Summe	225.364
nachrichtlich: Girokonten für Jedermann	2.510

b) Vermögensbildung (per 31.12.2010) in Mio. EUR

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.405
Davon:	
• Spareinlagen	717
• Andere Verbindlichkeiten	1.688
Verbriefte Verbindlichkeiten	172
Nachrangige Verbindlichkeiten	10
Genussrechte	0

2. Bilanzneutrale Anlagen

a) Anzahl Kundendepots (per 31.12.2010)

Anzahl Kundendepots	19.209
---------------------	--------

b) Kundenwertpapiergeschäft – Bestände per 31.12.2010 (in Mio. EUR)

Depotbestand	583
--------------	-----

III. Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs

1. Forderungen an Kunden (per 31.12.2010) in Mio. EUR

Forderungen an Kunden	2.779
-----------------------	-------

2. Darlehenszusagen und –auszahlungen im Geschäftsjahr (in Mio. EUR)

Darlehenszusagen	271
Darlehensauszahlungen	240

IV. Girokonten auf Guthabenbasis im Geschäftsjahr

Girokonten auf Guthabenbasis	2.510
------------------------------	-------

V. Beratung von Existenzgründern im Geschäftsjahr

Finanziertes Volumen (in Tsd. EUR)	1.276
Finanzierung davon durch	
• Sparkassenmittel	202
• Öffentliche Fördermittel	1.074
• Eigenmittel Gründer	0
• Sonstige	0
Geplante Zahl von Arbeitsplätzen	15

VI. Vermittelte Förderkredite per 31.12.2010

Volumen (in Tsd. EUR)	42.962
-----------------------	--------

Jahresabschluss

zum 31. Dezember 2010

der Sparkasse Hanau

Land Hessen

Regierungsbezirk Darmstadt

	EUR	EUR	EUR	31.12.2009 TEUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		14.147.219,33		17.275
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		18.333.070,81		29.647
			32.480.290,14	46.922
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		0,00		0
b) Wechsel		0,00		0
			0,00	0
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		8.211.621,30		20.868
b) andere Forderungen		512.222.725,74		465.736
			520.434.347,04	486.604
4. Forderungen an Kunden			2.779.081.202,27	2.775.577
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert	1.292.513.648,66	EUR		(1.261.052)
Kommunalkredite	560.279.337,97	EUR		(589.736)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten		0,00		0
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00	EUR		(0)
ab) von anderen Emittenten		0,00		0
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00	EUR		(0)
			0,00	0
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten		30.201.501,92		0
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	30.201.501,92	EUR		(0)
bb) von anderen Emittenten		697.502.992,59		692.223
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	667.488.995,97	EUR		(678.294)
			727.704.494,51	692.223
c) eigene Schuldverschreibungen			9.772.655,23	56.286
Nennbetrag	9.764.500,00	EUR		(56.265)
			737.477.149,74	748.509
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			130.006.338,66	95.678
6a. Handelsbestand			0,00	-
7. Beteiligungen			40.947.362,26	41.631
darunter:				
an Kreditinstituten	0,00	EUR		(184)
an Finanzdienstleistungsinstituten	1.552.118,92	EUR		(1.552)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			150.000,00	150
darunter:				
an Kreditinstituten	0,00	EUR		(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00	EUR		(0)
9. Treuhandvermögen			166.919,55	183
darunter:				
Treuhandkredite	166.919,55	EUR		(183)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			0,00	0
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		0,00		-
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		172.185,00		-
c) Geschäfts- oder Firmenwert		0,00		-
d) geleistete Anzahlungen		0,00		-
			172.185,00	161
12. Sachanlagen			21.777.770,68	23.742
13. Sonstige Vermögensgegenstände			21.343.188,79	24.077
14. Rechnungsabgrenzungsposten			4.989.956,24	1.114
Summe der Aktiva			4.289.026.710,37	4.244.348

	EUR	EUR	EUR	31.12.2009 TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		210.748.009,93		150.025
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>1.235.560.135,94</u>		<u>1.190.559</u>
			1.446.308.145,87	<u>1.340.584</u>
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	510.357.473,87			484.134
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	<u>206.801.220,60</u>			<u>249.721</u>
		717.158.694,47		<u>733.855</u>
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	1.128.631.275,67			1.135.157
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>559.355.312,92</u>			<u>563.901</u>
		1.687.986.588,59		<u>1.699.058</u>
			2.405.145.283,06	<u>2.432.913</u>
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		171.558.107,81		220.974
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		<u>0,00</u>		<u>0</u>
darunter:				
Geldmarktpapiere	0,00 EUR			(0)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	<u>0,00 EUR</u>			(0)
			171.558.107,81	<u>220.974</u>
3a. Handelsbestand			0,00	-
4. Treuhandverbindlichkeiten			166.919,55	183
darunter:				
Treuhandkredite	166.919,55 EUR			(183)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			6.341.315,52	6.740
6. Rechnungsabgrenzungsposten			<u>3.269.683,14</u>	<u>3.398</u>
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		9.358.000,00		8.783
b) Steuerrückstellungen		<u>3.297.486,07</u>		<u>3.826</u>
c) andere Rückstellungen		<u>10.295.578,09</u>		<u>11.845</u>
			22.951.064,16	<u>24.454</u>
8. Sonderposten mit Rücklageanteil			0,00	0
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			10.150.645,91	10.101
10. Genusssrechtskapital			0,00	0
darunter:				
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	0,00 EUR			(0)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			22.000.000,00	13.000
12. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		0,00		0
b) Kapitalrücklage		<u>0,00</u>		<u>0</u>
c) Gewinnrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage	192.135.545,35			183.500
cb) andere Rücklagen	<u>0,00</u>			<u>0</u>
		192.135.545,35		<u>183.500</u>
d) Bilanzgewinn		<u>9.000.000,00</u>		<u>8.500</u>
			201.135.545,35	<u>192.000</u>
Summe der Passiva			4.289.026.710,37	4.244.348
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		0,00		0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		<u>166.258.840,16</u>		<u>139.679</u>
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		<u>0,00</u>		<u>0</u>
			166.258.840,16	<u>139.679</u>
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		0,00		0
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		<u>0,00</u>		<u>0</u>
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		<u>92.681.603,33</u>		<u>96.503</u>
			92.681.603,33	<u>96.503</u>

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010	Sparkasse Hanau		
	EUR	EUR	1.1.-31.12.2009 TEUR
1. Zinserträge aus			
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	137.945.927,09		144.205
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	14.327.161,97		20.816
		152.273.089,06	165.021
2. Zinsaufwendungen		71.586.132,08	94.491
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen	694.948,43 EUR		(-)
		80.686.956,98	70.530
3. Laufende Erträge aus			
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		1.753.934,61	1.755
b) Beteiligungen		941.999,99	870
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		623.154,03	800
		3.319.088,63	3.425
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnab- führungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen		21.911,85	56
5. Provisionserträge		16.732.304,77	15.969
6. Provisionsaufwendungen		1.939.298,93	1.618
		14.793.005,84	14.350
7. Nettoaufwand (Vorjahr: Nettoertrag) des Handelsbestands		26.743,83	241
8. sonstige betriebliche Erträge		4.702.118,20	3.887
aus der Fremdwährungsumrechnung	256.349,57 EUR		(0)
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil		0,00	0
		103.496.337,67	92.490
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen			
a) Personalaufwand			
aa) Löhne und Gehälter	25.757.255,29		26.002
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	7.016.592,77		7.775
darunter: für Altersversorgung	2.244.631,60 EUR		(2.985)
		32.773.848,06	33.777
b) andere Verwaltungsaufwendungen		20.221.908,16	21.521
		52.995.756,22	55.298
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen		3.367.793,79	3.574
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen		2.438.613,44	3.205
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		12.826.422,75	0
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		0,00	2.674
		12.826.422,75	2.674
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		199.166,79	860
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		0,00	0
		199.166,79	860
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme		0,00	0
18. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken		9.000.000,00	13.000
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		22.668.584,68	19.228
20. Außerordentliche Erträge		0,00	0
21. Außerordentliche Aufwendungen		1.154.409,69	0
darunter: Übergangseffekte aufgrund des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes	1.154.409,69 EUR		(-)
22. Außerordentliches Ergebnis		1.154.409,69	0
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		12.466.494,67	10.690
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		47.680,32	37
		12.514.174,99	10.728
25. Jahresüberschuss		9.000.000,00	8.500
26. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr		0,00	0
		9.000.000,00	8.500
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen			
a) aus der Sicherheitsrücklage	0,00		0
b) aus anderen Rücklagen	0,00		0
		0,00	0
		9.000.000,00	8.500
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen			
a) in die Sicherheitsrücklage	0,00		0
b) in andere Rücklagen	0,00		0
		0,00	0
29. Bilanzgewinn		9.000.000,00	8.500

Anhang zum 31. Dezember 2010

ANHANG

der

Sparkasse Hanau

A. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Der Jahresabschluss der Sparkasse Hanau zum 31. Dezember 2010 wurde nach den geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) sowie des Pfandbriefgesetzes (PfandBG) aufgestellt. Die in der Bilanz, in der Gewinn- und Verlustrechnung sowie im Anhang angegebenen Vorjahresdaten wurden gemäß Art. 67 Abs. 8 Satz 2 EGHGB nicht an die durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) geänderten Ausweis- und Bewertungsvorschriften angepasst.

Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden sind zum Nennwert ausgewiesen, wobei ein eventueller Unterschiedsbetrag zwischen Nennwert und Auszahlungsbetrag als Rechnungsabgrenzungsposten bilanziert und zeitanteilig aufgelöst wird. Erforderliche Wertberichtigungen werden vom Forderungsbestand abgesetzt. Die Vorsorge für Risiken im Kreditgeschäft umfasst Wertberichtigungen und Rückstellungen für alle akuten und latenten Ausfallrisiken. Den latenten Ausfallrisiken wird in Form von Pauschalwertberichtigungen, die entsprechend den Vorgaben der Finanzverwaltung ermittelt werden, Rechnung getragen. Für die bei Kreditinstituten bestehenden besonderen Risiken bestehen zudem versteuerte Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB und der Fonds für allgemeine Bankrisiken i. S. v. § 340g HGB. Das Wahlrecht gemäß § 340f Abs. 3 HGB wurde in Anspruch genommen.

Den **Wertpapierbestand** unterteilen wir gemäß den handelsrechtlichen Bestimmungen nach der jeweiligen Zweckbestimmung in Anlagebestand, Liquiditätsreserve und Handelsbestand.

Die **Wertpapiere des Anlagevermögens und der Liquiditätsreserve** werden zu den Anschaffungskosten beziehungsweise niedrigeren Kurswerten oder den niedrigeren beizulegenden Werten bilanziert (strenges Niederstwertprinzip).

Die institutsinternen Kriterien für die Einbeziehung von Finanzinstrumenten in den Handelsbestand haben wir im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht geändert.

Die **laufenden Erträge aus Finanzinstrumenten des Handelsbestands** haben wir entsprechend der Vorgehensweise in unserer internen Steuerung im GuV-Posten 7 ausgewiesen.

Für die **Ermittlung des beizulegenden Wertes** haben wir die Wertpapiere daraufhin untersucht, ob zum Bilanzstichtag ein **aktiver Markt** vorliegt. Dabei haben wir auch die Marktverhältnisse in zeitlicher Nähe zum Bilanzstichtag in unsere Beurteilung einbezogen. Da nach unserer Einschätzung für die von uns gehaltenen Wertpapiere aktive Märkte vorliegen, haben wir Börsenpreise oder sonstige Marktpreise zur Bewertung herangezogen. Die angesetzten Kurse haben wir zusätzlich jeweils anhand einer zweiten Kursquelle plausibilisiert. Die Anteile an den Wertpapier-Spezialfonds und den Publikumsfonds haben wir grundsätzlich auf Basis der investmentrechtlichen Rücknahmepreise bewertet.

Derivative Finanzinstrumente bilanzieren und bewerten wir grundsätzlich einzeln nach den handelsrechtlichen Vorschriften unter Beachtung der IDW-Stellungnahmen ERS BFA 5 und ERS BFA 6. Gezahlte bzw. erhaltene Optionsprämien sowie gezahlte bzw. erhaltene Margins werden in den Sonstigen Vermögensgegenständen bzw. Sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen. Für Bewertungsverluste werden Drohverlustrückstellungen gebildet oder die aktivierten Optionsprämien bzw. Margins abgeschrieben.

Wir bilden nach allgemein anerkannten Grundsätzen **Mikro-Bewertungseinheiten** von Wertpapieren, Krediten, Buchverbindlichkeiten und Derivaten. Dabei folgt die handelsbilanzielle Abbildung der im Risikomanagement vorgenommenen Zusammenfassung. Unser Begriffsverständnis für die einzelnen Arten von Bewertungseinheiten orientiert sich dabei an den Ausführungen der Gesetzesbegründung zum BilMoG. Sind die Voraussetzungen zum Bilden einer Bewertungseinheit erfüllt, bewerten wir grundsätzlich die zugehörigen Grund- und Sicherungsgeschäfte - soweit sich die aus dem abgesicherten Risiko ergebenden Wertentwicklungen ausgleichen - kompensatorisch.

Die bilanzielle Abbildung der wirksamen Teile der gebildeten Bewertungseinheiten erfolgt mittels der Einfrierungsmethode.

Zur prospektiven Wirksamkeitsmessung haben wir bei unseren Bewertungseinheiten jeweils Berechnungen zur Wertänderung von Grund- und Sicherungsgeschäft bei einer definierten Veränderung des abgesicherten Risikos erstellt. Zur Bestimmung der retrospektiven Wirksamkeit haben wir die zwischen dem Tag der Designation der Bewertungseinheit und dem Bilanzstichtag jeweils eingetretene Veränderung des abgesicherten Risikos bestimmt. Durch Berücksichtigung dieser Wertveränderungen und Konstanthalten der übrigen wertbestimmenden Faktoren haben wir eine Ermittlung der Wertveränderungen von Grund- und Sicherungsgeschäft vorgenommen. Soweit sich die so ermittelten Wertveränderungen ausgleichen, haben wir eine kompensatorische Bewertung vorgenommen.

Die zur Steuerung der allgemeinen Zinsänderungsrisiken sowie zum Zweck der Aktiv-Passivsteuerung abgeschlossenen Zinsswapgeschäfte wurden in die Gesamtbetrachtung des Zinsänderungsrisikos einbezogen (Zinsbuchsteuerung) und werden nicht gesondert bewertet.

Die **Beteiligungen** und die **Anteile an verbundenen Unternehmen** sind mit den Anschaffungskosten bzw. den fortgeführten Buchwerten bilanziert; bei einer Wertminderung werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Die entgeltlich erworbenen **immateriellen Anlagewerte** und die **Sachanlagen** bewerten wir zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Geringwertige Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungskosten 150 EUR nicht übersteigen, werden aus Vereinfachungsgründen in Anlehnung an die steuerlichen Regelungen im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben. Bei Anschaffungskosten zwischen 150 EUR und 1.000 EUR werden die geringwertigen Wirtschaftsgüter in einen Sammelposten aufgenommen, der ab dem Jahr der Anschaffung jährlich in Höhe eines Fünftels abgeschrieben wird.

Soweit die Gründe für vorgenommene außerplanmäßige Abschreibungen bzw. für Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert nicht mehr bestehen, werden **Zuschreibungen nach § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB** vorgenommen.

Steuerliche Sonderabschreibungen früherer Jahre, die gemäß Artikel 67 Abs. 3 Satz 1 EGHGB fortgeführt wurden, beeinflussen das Ergebnis nur in unbedeutendem Umfang. Aus der Fortführung des Ansatzes steuerlicher Werte aus früheren Geschäftsjahren sind zukünftige Belastungen in Form von Steuerzahlungen zu erwarten. Die Belastungen verteilen sich über eine Reihe von Jahren und beeinflussen die künftigen Jahresergebnisse nur unwesentlich.

Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag beziehungsweise Nominalbetrag passiviert. Der Unterschied zwischen Nennbetrag und Ausgabebetrag von Verbindlichkeiten wird in den Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig aufgelöst.

Bei der Bemessung der **Rückstellungen** haben wir alle ungewissen Verbindlichkeiten und drohenden Verluste angemessen und ausreichend berücksichtigt.

Die **Währungsumrechnung** erfolgt nach § 256a HGB bzw. § 340h HGB. Eine besondere Deckung gemäß § 340h HGB sehen wir als gegeben an, soweit eine Identität von Währung und Betrag der gegenläufigen Geschäfte vorliegt. Die Umrechnungsergebnisse aus Geschäften, die in die besondere Deckung einbezogen sind, werden saldiert in den Sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. Sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen.

Bilanzposten und Posten der Gewinn- und Verlustrechnung, die auf ausländische Währung lauten, sowie schwebende Fremdwährungskassageschäfte werden zum EZB-Referenzkurs von Ende 2010 umgerechnet. Schwebende Devisentermingeschäfte werden mit den entsprechenden Terminkursen umgerechnet.

B. ANGABEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ**FRISTENGLIEDERUNG***

	Restlaufzeiten				Forderungen mit unbestimmter Laufzeit	Beträge, die in dem Jahr, das auf den Bilanzstichtag folgt, fällig werden
	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre		
	TEUR					
Aktivposten						
3. Forderungen an Kreditinstitute						
b) andere Forderungen (ohne Bausparguthaben)	5.000	70.000	275.000	127.000	----	----
4. Forderungen an Kunden	122.008	103.774	630.057	1.760.263	155.026	----
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	----	----	----	----	----	129.625
Passivposten						
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten						
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	387.691	44.331	651.716	113.786	----	----
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden						
a) Spareinlagen						
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	21.176	64.628	119.212	----	----	----
b) andere Verbindlichkeiten						
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	39.994	26.908	300.535	181.790	----	----
3. Verbriefte Verbindlichkeiten						
a) begebene Schuldverschreibungen	----	----	----	----	----	8.601
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten	----	----	----	----	----	----

* Von dem Wahlrecht des § 11 Satz 3 RechKredV haben wir Gebrauch gemacht.

BEZIEHUNGEN ZU VERBUNDENEN UNTERNEHMEN SOWIE UNTERNEHMEN, MIT DENEN EIN BETEILIGUNGSVERHÄLTNIS BESTEHT

In den folgenden Posten sind Forderungen an bzw. Verbindlichkeiten gegenüber verbundene(n) Unternehmen sowie an/gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten:

Bilanzposten	Forderungen an bzw. Verbindlichkeiten gegenüber			
	verbundene(n) Unternehmen		Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009
	TEUR			
Aktivposten				
Forderungen an Kreditinstitute	-	-	76	28
Forderungen an Kunden	3	-	71.966	74.271
Sonstige Vermögensgegenstände	26	66	-	38
Insgesamt	29	66	72.042	74.337
Passivposten				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-	-	133	-
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	854	924	408	128
Sonstige Verbindlichkeiten	34	-	-	9
Insgesamt	888	924	541	137

FORDERUNGEN AN DIE BZW. VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER DER EIGENE(N) GIROZENTRALE

Forderungen an die bzw. Verbindlichkeiten gegenüber der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main und Erfurt, sind in den folgenden Bilanzposten enthalten:

	31.12.2010	31.12.2009
	TEUR	
Forderungen an Kreditinstitute	235.801	246.869
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	577.100	708.105

BÖRSENFÄHIGE WERTPAPIERE

	insgesamt	davon		darunter wie Anlagever- mögen bewertet
		börsen- notiert	nicht börsen- notiert	
TEUR				
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	737.477	718.675	18.802	-
Aktien und andere nicht festverzinsli- che Wertpapiere	130.006	1.485	128.521	-

ANTEILSBESITZ

Unter den Anteilen an verbundenen Unternehmen und den Beteiligungen werden die Anteile an folgenden Unternehmen ausgewiesen:

a) Verbundene Unternehmen

Name	Sitz	Kapital- anteil	Eigenkapital	Ergebnis
		%		
S-VersicherungsService Hanau Main- Kinzig-GmbH	Hanau	100	638	425
S-FinanzDienste Hanau Main-Kinzig GmbH	Hanau	100	424	199
S-DienstLeistung Hanau Main-Kinzig GmbH	Hanau	100	50	-
			1.112	624

Nach den Jahresabschlüssen zum 30. September 2010 betragen bei der S-VersicherungsService Hanau Main-Kinzig GmbH die Bilanzsumme 891 TEUR, die Umsatzerlöse 1.474 TEUR und der Jahresüberschuss 425 TEUR und bei der S-FinanzDienste Hanau Main-Kinzig GmbH die Bilanzsumme 652 TEUR, die Umsatzerlöse 1.726 TEUR und der Jahresüberschuss 199 TEUR. Nach dem Jahresabschluss der S-DienstLeistung Hanau Main-Kinzig GmbH zum 31. Oktober 2010 betragen die Bilanzsumme 83 TEUR, die Umsatzerlöse 1.397 TEUR und der an die Sparkasse abgeführte Gewinn 22 TEUR. Für das jeweilige abweichende Geschäftsjahr vom 01.10.2009 bis zum 30.09.2010 wurde aus dem Überschuss der S-VersicherungsService Hanau Main-Kinzig GmbH 425 TEUR bzw. aus dem Überschuss der S-FinanzDienste Hanau Main-Kinzig GmbH 199 TEUR an die Sparkasse ausgeschüttet.

Eine Einbeziehung der Tochterunternehmen in einen Konzernabschluss hätte einen unwesentlichen Einfluss auf die Bilanzsumme, das Eigenkapital und den Jahresüberschuss. Im Hin-

blick auf das durch den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010 der Sparkasse vermittelte, den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind die verbundenen Unternehmen insgesamt von untergeordneter Bedeutung, so dass gemäß § 296 HGB die Aufstellung eines **Konzernabschlusses** unterbleiben konnte.

b) Sonstiger Anteilsbesitz von 20 % oder mehr

Name	Sitz	Kapital- anteil	Eigenkapital	Ergebnis
		%		
BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Bauhof Maintal KG	Frankfurt am Main	50,00	375	52
Technologie- und Gründerzentrum Hanau GmbH	Hanau	22,25	336	-30

Bei dem ausgewiesenen Jahresergebnis handelt es sich jeweils um das Ergebnis des Jahres 2009.

TREUHANDGESCHÄFTE

Das Treuhandvermögen betrifft in voller Höhe Forderungen an Kunden. Die Treuhandverbindlichkeiten entfallen mit 15 TEUR auf Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und mit 152 TEUR auf Verbindlichkeiten gegenüber Kunden.

ENTWICKLUNG DES ANLAGEVERMÖGENS

a) Finanzanlagen

	Anschaffungs- kosten 1.1.2010	Veränderungen des Geschäftsjahrs	Buchwert	
			31.12.2010	31.12.2009
	TEUR			
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	4.750	285	3.895	3.610
Beteiligungen	42.959	-684	40.947	41.631
Stille Einlage nach § 10 Abs. 4 KWG	5.113	-	5.113	5.113
Anteile an verbundenen Unternehmen	150	-	150	150
Anteile an Genossenschaften	109	-	109	109

Es wurde von der Zusammenfassungsmöglichkeit des § 34 Abs. 3 RechKredV Gebrauch gemacht.

b) Sachanlagen, Immaterielle Anlagewerte und Sonstige Vermögensgegenstände

	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	Betriebs- und Geschäftsaus- stattung	Anlagen im Bau	Immaterielle Anlagewerte	Sonstige Ver- mögensge- genstände
TEUR					
Anschaffungskosten am 1.1.2010	42.345	39.578	20	1.335	11.472
Anpassungen nach dem BilMoG					
- erfolgswirksam	-	-	-	-	-
- erfolgsneutral	-	-	-	-	-
Zugänge	16	1.363	1	114	120
Abgänge	-	1.672	-	-	123
Umbuchungen	-	-	-	-	-
Zuschreibungen	-	-	-	-	-
aufgelaufene Abschreibungen	28.877	30.996	-	1.277	-
Abschreibungen des Geschäftsjahrs	1.044	2.221	-	103	-
Buchwert am 31.12.2010	13.484	8.273	21	172	11.469
Buchwert am 31.12.2009	14.512	9.210	20	161	11.472

Die Grundstücke und Bauten entfallen weit überwiegend auf von der Sparkasse im Rahmen ihrer eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke.

ANGABEN ZU ANTEILEN AN INVESTMENTVERMÖGEN

Zu Investmentvermögen i. S. v. § 1 Investmentgesetz an denen die Sparkasse am 31. Dezember 2010 mehr als 10 % der Anteile hält, machen wir gemäß § 285 Nr. 26 HGB die folgenden Angaben:

Bezeichnung des Investmentvermögens	Marktwert	Differenz zum Buchwert	Ausschüttungen im Geschäftsjahr
			TEUR
Rentenfonds Deka-A-SKHU-Corporate 2-Fonds	49.462	-	504
Mischfonds HI-SK-HU-Multi-Asset-Fonds	37.744	-	400

Die dargestellten Investmentvermögen unterliegen zum Bilanzstichtag keiner Beschränkung in der Möglichkeit der täglichen Rückgabe.

SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Die sonstigen Vermögensgegenstände entfallen überwiegend auf Beteiligungen an geschlossenen Immobilienfonds.

RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

In den Rechnungsabgrenzungsposten sind enthalten:

	31.12.2010	31.12.2009
	TEUR	
Aktivseite		
Agio aus Forderungen	2.099	75
Disagio aus Verbindlichkeiten	100	159
Passivseite		
Disagio aus Forderungen	2.099	2.342

NACHRANGIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Nachrangige Vermögensgegenstände sind in folgenden Aktivposten enthalten:

	31.12.2010	31.12.2009
	TEUR	
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	4.127	3.842
Sonstige Vermögensgegenstände	5.333	5.412
	9.460	9.254

VERMÖGENSGEGENSTÄNDE UND VERBINDLICHKEITEN IN FREMDWÄHRUNG

Auf Fremdwährung lauten Vermögensgegenstände im Gesamtbetrag von 45.413 TEUR und Verbindlichkeiten im Gesamtbetrag von 44.614 TEUR.

RÜCKSTELLUNGEN

Rückstellungen für Pensionen sind gemäß versicherungsmathematischen Grundsätzen nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren ermittelt. Dabei wurden die Heubeck-Richttafeln 2005G und ein durchschnittlicher Marktzinssatz von 5,16 % bei einer pauschal angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren zugrunde gelegt. Hierbei haben wir die von der Deutschen Bundesbank gemäß der Rückstellungsabzinsungsverordnung ermittelten Zinssätze verwendet. Erwartete Lohn- und Gehaltssteigerungen wurden mit 1,5 % berücksichtigt, erwartete Rentensteigerungen mit 1,0 %.

Zum Bilanzstichtag haben wir erstmals das Anwartschaftsbarwertverfahren zur Ermittlung der Höhe der Pensionsrückstellungen sowie der Jubiläumsrückstellungen angewendet; im Vorjahr wurde dagegen das Teilwertverfahren verwendet. Die Änderung der Bewertungsmethode hat eine Reduzierung der Pensionsrückstellungen in Höhe von 196 TEUR und der Jubiläumsrückstellungen um 47 TEUR bewirkt.

NACHRANGIGE VERBINDLICHKEITEN

Für von der Sparkasse zum Zwecke der Anerkennung als haftendes Eigenkapital eingegangene nachrangige Verbindlichkeiten sind im Geschäftsjahr insgesamt Aufwendungen von 426 TEUR angefallen. In der Bilanz sind unter diesem Posten anteilige Zinsen in Höhe von 32 TEUR enthalten.

Folgende nachrangige Verbindlichkeiten übersteigen 10 % des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten:

Betrag Mio EUR	Emissionsjahr	Zinssatz in %	Fällig im Jahr
1,3	2005	4,05	2015

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung der Sparkasse kann nicht entstehen. Die von der Sparkasse eingegangenen nachrangigen Verbindlichkeiten können im Falle der Insolvenz oder der Liquidation der Sparkasse erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden. Sie dienen der Verstärkung des haftenden Eigenkapitals der Sparkasse und entsprechen den Vorschriften des KWG.

Die Sparkasse hat sich ein außerordentliches Kündigungsrecht vorbehalten. Danach kann sie die nachrangigen Verbindlichkeiten unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von zwei Jahren jeweils zum Ende eines Geschäftsjahres, frühestens zum Ende des fünften Geschäftsjahres, das dem Ausgabejahr folgt, kündigen, wenn entweder eine Rechtsvorschrift in der Bundesrepublik Deutschland erlassen, geändert oder in einer Weise angewendet wird, die bei der Sparkasse zu einer höheren Steuerbelastung führt als zum Zeitpunkt ihrer Ausgabe, oder die Anerkennung nachrangiger Verbindlichkeiten als haftendes Eigenkapital im Sinne des KWG entfällt oder beeinträchtigt wird.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten von insgesamt 8,8 Mio EUR, die im Einzelfall 10 % des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten nicht übersteigen, haben eine Durchschnittsverzinsung von 4,26 % und eine Ursprungslaufzeit von 5 bis 10 Jahren; davon werden in dem Jahr, das auf den Bilanzstichtag folgt, 0,8 Mio EUR fällig.

ALS SICHERHEIT ÜBERTRAGENE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Neben den als Deckungsmasse für begebene Pfandbriefe dienenden Forderungen (vgl. Angaben zum Pfandbriefgeschäft) wurden für folgende Bilanzposten Vermögensgegenstände in angegebener Höhe als Sicherheit übertragen:

	31.12.2010	31.12.2009
	TEUR	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	533.262	693.605
Sonstige Verbindlichkeiten	7.520	8.600

Der unter der Position „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ ausgewiesene Betrag betrifft zum 31. Dezember 2010 mit 335,6 Mio EUR Buchwerte von Wertpapieren und mit 106 Mio EUR Buchwerte von Forderungen, die der Deutschen Bundesbank für Refinanzierungszwecke verpfändet wurden. Zum Bilanzstichtag 2010 betragen die derart besicherten Verbindlichkeiten 50 Mio EUR.

Als Sicherheit für eigene Geschäfte an der Eurex Deutschland wurden Wertpapiere mit Buchwerten von 7,5 Mio EUR hinterlegt. Zum Bilanzstichtag bestanden Marginverpflichtungen in Höhe von 16 TEUR.

C. ANGABEN UND ERLÄUTERUNGEN ZU DEN POSTEN UNTER DEM BILANZSTRICH

EVENTUALVERBINDLICHKEITEN UND ANDERE VERPFLICHTUNGEN

Im Posten Eventualverbindlichkeiten sind keine Einzelbeträge enthalten, die in Bezug auf die Gesamttätigkeit der Sparkasse von wesentlicher Bedeutung sind.

Im Posten „Andere Verpflichtungen“ sind keine Einzelbeträge enthalten, die in Bezug auf die Gesamttätigkeit der Sparkasse von wesentlicher Bedeutung sind.

D. ANGABEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

PROVISIONSERTRÄGE

Die wesentlichen an Dritte erbrachten Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung sind die Vermittlung von Produkten der Verbundpartner (Versicherungen, Bausparverträge, Wertpapiere, Leasingverträge).

SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE

Die sonstigen betrieblichen Erträge entfallen zu etwa 28 % auf nicht bankspezifische Dienstleistungen gegenüber verbundenen Unternehmen.

SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen entfallen zu etwa 56 % auf Spenden bzw. Zustiftungen.

STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM ERTRAG

Der ausgewiesene Steueraufwand entfällt ausschließlich auf das Ergebnis aus der normalen Geschäftstätigkeit.

E. SONSTIGE ANGABEN

DERIVATIVE FINANZINSTRUMENTE, DIE NICHT ZUM BEIZULEGENDEN ZEITWERT BILANZIERT WURDEN

Am Bilanzstichtag bestanden außerhalb des Handelsbestands die nachfolgend aufgeführten Arten an noch nicht abgewickelten derivativen Finanzinstrumenten, die die Sparkasse zur Absicherung von Wechselkurs- und Zinsrisiken sowie zur Steuerung des Zinsbuchs abgeschlossen hat. Der überwiegende Teil dient der Absicherung bilanzwirksamer und bilanzunwirksamer Positionen im Rahmen der zentralen Aktiv- und Passivsteuerung. Außerdem wurden aktien- / indexbezogene Geschäfte getätigt.

Die Volumina und die beizulegenden Zeitwerte der derivativen Geschäfte stellen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

Geschäftsart	Nominalwerte		beizulegender Zeitwert zum 31.12.2010	
	31.12.2010	31.12.2009	positiv	negativ
	TEUR			
Zinsrisiken				
Zinsswaps/ Forward-Zinsswaps	3.375.857	3.124.112	49.111	100.484
Zinsfutures	9.800	2.800	16	-
Zinsrisiken insgesamt	3.385.657	3.126.912	49.127	100.484
Adressenrisiken				
Credit-Default-Swaps	158.500	125.785	1.720	910
Währungsrisiken				
Devisentermingeschäfte	29.950	44.460	2.147	2.138
Insgesamt	3.574.107	3.297.157	52.994	103.532

Bei der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte der derivativen Finanzinstrumente hat sich die Sparkasse auf Marktwerte gestützt. Die Zeitwerte der Zinsswaps entsprechen den auf Basis der am Kapitalmarkt quotierten Swapsätze ermittelten Barwerten zum Abschlussstichtag. Die beizulegenden Werte der Credit-Default-Swaps werden anhand der in den Kursversorgungssystemen (Bloomberg) ausgewiesenen Credit Spreads ermittelt. Die Bewertung der CDS-Bestandteile der Investoren- bzw. Originatoren-Credit-Linked-Note im Rahmen der Kreditbaskettransaktion erfolgt auf Basis eines Mark-to-Model-Konzeptes bei dem der betriebswirtschaftliche Wert (Barwert) der CDS-Bestandteile ermittelt wird.

Erhaltene Marginzahlungen für Zinsfutures sind in Höhe von 16 TEUR unter dem Passivposten 5 ausgewiesen. Unter den Eventualverbindlichkeiten „Verbindlichkeiten als Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen“ sind 126,5 Mio EUR Verpflichtungen aus Sicherungsgeberpositionen im Rahmen von CDS ausgewiesen.

Zur Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos hat die Sparkasse Zinsswaps mit einem Nominalvolumen von 2.485,5 Mio EUR abgeschlossen. Diese Zinsswaps werden gemäß einer für Kreditinstitute bestehenden Bewertungskonvention nicht gesondert bewertet.

Zum Bilanzstichtag zeigen die derivativen Geschäfte folgende Fristigkeitsstruktur:

Nominalwerte/Restlaufzeiten	31.12.2010	31.12.2009
	TEUR	
Zinsrisiken		
- bis 1 Jahr	903.000	583.000
- über 1 Jahr bis 5 Jahre	1.705.195	1.799.502
- über 5 Jahre	777.462	744.410
Zinsrisiken insgesamt	3.385.657	3.126.912
Adressenrisiken		
- bis 1 Jahr	2.000	7.785
- über 1 Jahr bis 5 Jahre	139.500	92.500
- über 5 Jahre	17.000	25.500
Adressenrisiken insgesamt	158.500	125.785
Währungsrisiken		
- bis 1 Jahr	26.365	30.103
- über 1 Jahr bis 5 Jahre	3.585	14.357
Währungsrisiken insgesamt	29.950	44.460

ANGABEN ZU DEN BEWERTUNGSEINHEITEN GEMÄSS § 254 HGB

Die von uns gebildeten Bewertungseinheiten nach § 254 HGB stellen sich zum Bilanzstichtag wie folgt dar:

Art der Bewertungseinheit	Einbezogene Grundgeschäfte	Nominalbetrag in TEUR	abgesichertes Risiko
Mikro-Hedge	erworbene Wertpapiere	207.000	Zinsänderungsrisiko (Bewertungsrisiko)
Mikro-Hedge	erworbene Schuldscheindarlehen/ gewährte Darlehen	376.357	Zinsänderungsrisiko (Bewertungsrisiko)
Mikro-Hedge	Buchverbindlichkeiten	307.000	Zinsänderungsrisiko (Bewertungsrisiko)

Zum Bilanzstichtag wurden insgesamt Risiken in Höhe von 42,2 Mio EUR abgesichert und in die kompensatorische Bewertung einbezogen. Aufgrund der im wesentlichen identischen wertbestimmenden Parameter der Grund- und Sicherungsgeschäfte besteht eine hohe negative Korrelation in Hinblick auf das Zinsänderungsrisiko. Die relative Wirksamkeit der Sicherungsbeziehungen liegt zum Bilanzstichtag weit überwiegend zwischen 98 % und 101 % und in Ausnahmefällen zwischen 87,7 % und 115,4 %.

Die prospektive Wirksamkeit der von uns gebildeten Mikro Hedges Bewertungseinheiten stellt sich wie folgt dar:

Laufzeit	abgesichertes Risiko	erwartete Sicherungswirkung (Mio EUR)	voraussichtliche zukünftige Wirksamkeit in %
unter ein Jahr bis zu 2 Jahren	Zinsänderungsrisiko (Bewertungsrisiko)	1,45	98,9 – 106,0
mehr als 2 Jahre bis zu 5 Jahren		17,99	94,0 – 107,1
mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahren		20,44	87,6-104,5
mehr als 10 Jahre		0,12	92,2

Die Ermittlung der genannten Effektivitäten der Bewertungseinheiten erfolgt über die Dollar-Offset-Methode. Dabei wird die beobachtete Barwertveränderung des Grundgeschäftes zum Bilanzstichtag in das Verhältnis zur beobachteten Barwertveränderung des Sicherungsgeschäftes gesetzt, um die retrospektive Effektivität zu messen. Bonitätsbedingte Preiseinflüsse auf die Barwertentwicklung werden durch Konstanthaltung des adressenbedingten Spreads des Grundgeschäftes zum Designationszeitpunkt aus der Gütemessung elimiert. Für die prospektive Ermittlung der Effektivitäten wird das beschriebene Verhältnis bei einem simulierten Anstieg der Swapkurve von 100 Basispunkten gebildet.

Die prospektive Wirksamkeit ist im Rahmen der genannten Bandbreite gegeben, da zinsinduzierte Wertveränderungen der Grund- und der Sicherungsgeschäfte einheitlich durch die am Geld- und Kapitalmarkt gebildeten Swapsätze bedingt sind. In Bezug auf die beabsichtigte Immunisierung gegen Zinsänderungsrisiken ist daher von Effektivitätsgraden im Umfang der beobachteten Bandbreiten auszugehen. Die Spannweite der genannten Korridore lässt sich methodisch durch geringe absolute Barwertveränderungen bei den Grund- und Sicherungsgeschäften zurückführen; im Verhältnis zum abgesicherten Volumen liegt der Gesamtbetrag der beobachteten negativen Ineffektivitäten bei 0,03 %.

PFANDBRIEFGESCHÄFT

Die regelmäßigen Transparenzvorschriften des § 28 PfandBG werden durch Veröffentlichung über unsere Homepage im Internet über www.sparkasse-hanau.de erfüllt.

Der Umlauf der Hypothekenpfandbriefe sowie der öffentlichen Pfandbriefe und die Deckungsmasse gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 1, 3 und 4 PfandBG stellen sich wie folgt dar:

	31.12.2010		31.12.2009	
	Nennwert	Barwert	Nennwert	Barwert
	Mio EUR			
Gesamtbetrag der im Umlauf befindlichen Hypothekendarlehen	36,5	39,1	-	-
Deckungsmasse	55,2	59,7	-	-
darunter:				
Deckungswerte nach § 19 Abs. 1 Nr. 2 und Nr. 3 PfandBG	(10,0)	(10,7)	(-)	(-)
Derivate gemäß § 19 Abs. 1 Nr. 4 Satz 3 PfandBG	(-)	(-)	(-)	(-)
Überdeckung in %	51,2	52,8	(-)	(-)

	31.12.2010		31.12.2009	
	Nennwert	Barwert	Nennwert	Barwert
	Mio EUR			
Gesamtbetrag der im Umlauf befindlichen öffentlichen Darlehen	196,0	211,4	140,0	149,6
Deckungsmasse	236,1	257,7	204,7	221,8
darunter:				
Deckungswerte nach § 20 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG	(-)	(-)	(-)	(-)
Derivate gemäß § 20 Abs. 2 Nr. 3 PfandBG	(-)	(-)	(-)	(-)
Überdeckung in %	20,5	21,9	46,2	48,3

Als Deckungsmasse für die erstmals begebenen Hypotheken-Namensdarlehen wurden grundpfandrechtlich gesicherte Forderungen gegenüber Kunden mit einem Buchwert von 45,2 Mio EUR und börsennotierte Hypotheken-Darlehen mit einem Buchwert von 10,0 Mio EUR verwendet.

Für die begebenen öffentlichen Namensdarlehen dienen Forderungen gegen die öffentliche Hand mit einem Buchwert von 226,1 Mio EUR sowie Anleihen öffentlicher Schuldner mit einem Buchwert von 10,0 Mio EUR als Deckungsmasse.

	31.12.2010			31.12.2009		
	Barwert	Risikobarwert (Stresstest: +250 Basispunkte)	Risikobarwert (Stresstest: -250 Basispunkte)	Barwert	Risikobarwert (Stresstest: +250 Basispunkte)	Risikobarwert (Stresstest: -250 Basispunkte)
	Mio EUR					
Gesamtbetrag der im Umlauf befindlichen Hypothekendarlehen	39,1	31,8	48,4	-	-	-
Deckungsmasse	59,7	55,4	63,8	-	-	-
Überdeckung in %	52,8	74,1	31,8	-	-	-

Risikobarwert: Ermittlung gemäß statistischem Verfahren gemäß Pfandbrief-Barwertverordnung (PfandBarwertV)

	31.12.2010			31.12.2009		
	Barwert	Risikobarwert (Stresstest: +250 Basispunkte)	Risikobarwert (Stresstest: -250 Basispunkte)	Barwert	Risikobarwert (Stresstest: +250 Basispunkte)	Risikobarwert (Stresstest: -250 Basispunkte)
	Mio EUR					
Gesamtbetrag der im Umlauf befindlichen öffentlichen Pfandbriefe	211,4	180,9	248,8	149,6	127,2	177,5
Deckungsmasse	257,7	237,1	278,6	221,8	201,0	244,5
Überdeckung in %	21,9	31,1	12,0	48,3	58,0	37,8

Risikobarwert: Ermittlung gemäß statistischem Verfahren gemäß Pfandbrief-Barwertverordnung (PfandBarwertV)

ZUSÄTZLICHE ANGABEN FÜR PFANDBRIEFBANKEN NACH § 2 ABSATZ 1 RECHKREDV

Die Gliederung einzelner Bilanzpositionen nach den für Pfandbriefbanken geltenden Regelungen zeigt folgende zusätzliche Informationen:

	31.12.2010	31.12.2009
	Mio EUR	
Aktivseite		
Forderungen gegenüber Kreditinstituten		
a) Hypothekendarlehen	-	-
b) Kommunalkredite	407,2	352,9
c) andere Forderungen	113,2	133,7
darunter:		
täglich fällig	0,1	0,0
gegen Beleihung von Wertpapieren	-	-
	520,4	486,6
Forderungen gegenüber Kunden		
a) Hypothekendarlehen	1.292,5	1.261,1
b) Kommunalkredite	560,3	589,7
c) andere Forderungen	926,3	924,8
darunter:		
gegen Beleihung von Wertpapieren	5,8	3,7
	2.779,1	2.775,6
Rechnungsabgrenzungsposten		
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	2,2	0,2
b) andere	2,8	0,9
	5,0	1,1

	31.12.2010	31.12.2009
	Mio EUR	
Passivseite		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	-	-
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe	40,3	10,2
c) andere Verbindlichkeiten	1.406,0	1.330,4
darunter:		
täglich fällig	210,7	150,0
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe und öffentliche Namenspfandbriefe	-	-
	1.446,3	1.340,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	37,7	-
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe	159,8	132,7
c) Spareinlagen	717,2	733,9
d) andere Verbindlichkeiten	1.490,4	1.566,4
darunter:		
täglich fällig	1.128,6	1.135,2
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe und öffentliche Namenspfandbriefe	-	-
	2.405,1	2.433,0
Verbriefte Verbindlichkeiten		
a) begebene Schuldverschreibungen	171,6	221,0
aa) Hypothekendarlehen	-	-
ab) öffentliche Pfandbriefe	-	-
ac) sonstige Schuldverschreibungen	171,6	221,0
	171,6	221,0
Rechnungsabgrenzungsposten		
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	2,9	3,1
b) andere	0,4	0,3
	3,3	3,4

Die von uns begebenen Pfandbriefe weisen folgende Laufzeitstruktur und die dazugehörigen Deckungsmassen folgende Zinsbindungsfristen auf (§ 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG):

Laufzeit bzw. Zinsbindungsfrist	Hypothekendarfandbriefe			
	Pfandbriefumlauf		Deckungsmasse	
	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009
	Mio EUR			
bis 1 Jahr	-	-	4,6	-
über 1 bis 2 Jahre	-	-	4,6	-
über 2 bis 3 Jahre	-	-	14,5	-
über 3 bis 4 Jahre	-	-	16,4	-
über 4 bis 5 Jahre	-	-	2,6	-
über 5 bis 10 Jahre	7,0	-	11,3	-
über 10 Jahre	29,5	-	1,1	-

Laufzeit bzw. Zinsbindungsfrist	Öffentliche Pfandbriefe			
	Pfandbriefumlauf		Deckungsmasse	
	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009
	Mio EUR			
bis 1 Jahr	-	-	14,7	19,5
über 1 bis 2 Jahre	-	-	36,6	10,3
über 2 bis 3 Jahre	10,0	-	32,2	39,6
über 3 bis 4 Jahre	-	10,0	38,3	35,5
über 4 bis 5 Jahre	30,0	-	39,1	14,9
über 5 bis 10 Jahre	111,0	95,0	75,4	84,9
über 10 Jahre	45,0	35,0	-	-

Die Deckungsmassen zu den Hypothekendarfandbriefen gliedern sich gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 1 lit. a) PfandBG in folgende Größenklassen:

	31.12.2010	31.12.2009
	Nennwert Mio EUR	
bis 0,3 Mio EUR	5,7	-
0,3 Mio EUR bis 5 Mio EUR	39,5	-
über 5 Mio EUR	-	-

Die Deckungsmassen zu unseren Hypothekendarlehen gliedern sich gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 1 lit. b) und c) PfandBG wie folgt:

	31.12.2010	31.12.2009
	Mio EUR	
Deutschland		
Grundstücke	-	-
darunter:		
- mit gewerblicher Nutzung	27,7	-
- mit wohnwirtschaftlicher Nutzung	17,5	-
	45,2	-
Wohnungen	-	-
Einfamilienhäuser	0,7	-
Mehrfamilienhäuser	13,4	-
Bürogebäude	-	-
Handelsgebäude	-	-
Industriegebäude	1,8	-
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	29,3	-
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	-	-
Bauplätze	-	-
Gesamtbetrag	45,2	-

Rückständige Leistungen auf die in die Deckungsmassen zu den Hypothekendarlehen einbezogenen Forderungen (§ 28 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG) bestehen zum Bilanzstichtag nicht.

Die Angaben gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 3 lit. a) bis c) PfandBG zu den Deckungsmassen zu den Hypothekendarlehenpfandbriefen stellen sich wie folgt dar:

	2010		2009	
	gewerblich genutzte Grundstücke	wohnmwirtschaftlich genutzte Grundstücke	gewerblich genutzte Grundstücke	wohnmwirtschaftlich genutzte Grundstücke
	Anzahl			
am Bilanzstichtag anhängige Zwangsversteigerungen	-	-	-	-
am Bilanzstichtag anhängige Zwangsverwaltungen	-	-	-	-
Grundstücke, die im Geschäftsjahr zur Verhütung von Verlusten übernommen wurden	-	-	-	-
	Mio EUR			
Rückstände am Bilanzstichtag auf die von Hypothekenschuldern zu entrichtenden Zinsen	-	-	-	-

Die Deckungsmassen zu den öffentlichen Pfandbriefen verteilen sich gemäß § 28 Abs. 3 Nr. 1 PfandBG unter regionalen Gesichtspunkten wie folgt:

	31.12.2010	31.12.2009
	Mio EUR	
Deutschland		
Staat	87,0	92,0
regionale Gebietskörperschaften	59,3	56,8
örtliche Gebietskörperschaften	60,8	46,9
sonstige Schuldner	29,0	9,0
Gesamtbetrag	236,1	204,7

Rückständige Leistungen auf die in die Deckungsmassen für öffentliche Pfandbriefe einbezogenen Forderungen (§ 28 Abs. 3 Nr. 2 PfandBG) bestehen zum Bilanzstichtag nicht.

NICHT IN DER BILANZ ENTHALTENE GESCHÄFTE

Die Verpflichtungen aus Leasingverträgen betragen jährlich 260 TEUR. Die Leasingverträge haben eine Laufzeit von 1 bis 4 Jahren. Die Verpflichtungen aus Mietverträgen für angemietete Geschäftsräume belaufen sich auf einen Barwert von 4,8 Mio EUR.

NICHT AUS DER BILANZ ERSICHTLICHE SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Die Sparkasse hat sich an der Kapitalerhöhung der Deutsche Sparkassen Leasing AG & Co KG, Bad Homburg v. d. Höhe, beteiligt und in diesem Zusammenhang eine verbindliche Zusage zur Übernahme von 291 TEUR Beteiligungskapital gegeben. Ferner hat die Sparkasse im Zusammenhang mit der Beteiligung an einem geschlossenen Immobilienfonds eine Zeichnungszusage über 10 Mio EUR abgegeben, die am Bilanzstichtag mit 9,8 Mio EUR abgerufen ist. Ferner besteht eine Zeichnungszusage an einem offenen Immobilienfonds über 10 Mio EUR, die zum Bilanzstichtag mit 1 Mio EUR abgerufen ist.

Die Sparkasse ist dem bundesweiten Sicherungssystem der deutschen Sparkassenorganisation angeschlossen, das elf regionale Sparkassenstützungsfonds durch einen überregionalen Ausgleich miteinander verknüpft. Zwischen diesen und den Sicherungseinrichtungen der Landesbanken und Landesbausparkassen besteht ein Haftungsverbund. Durch diese Verknüpfung steht im Stützungsfall das gesamte Sicherungsvolumen der Sparkassen-Finanzgruppe zur Verfügung. Das Sicherungssystem basiert auf dem Prinzip der Institutssicherung. Durch die Sicherung der Institute selbst sind im gleichen Zuge auch die Einlagen aller Kunden ohne betragsmäßige Begrenzung geschützt. Im Bedarfsfall entscheiden die Gremien der zuständigen Sicherungseinrichtungen darüber, ob und in welchem Umfang Stützungsleistungen zugunsten eines Instituts erbracht und an welche Auflagen diese ggf. geknüpft werden. Zur Fortentwicklung des Sicherungssystems der deutschen Sparkassenorganisation erfolgte zum 1. Januar 2006 die Einführung eines Risikomonitoringsystems zur Früherkennung von Risiken sowie die Umstellung auf eine risikoorientierte Beitragsbemessung bei gleichzeitiger Ausweitung des Volumens der Sicherungsreserve der Sparkassenorganisation (Barmittel und Nachschusspflichten).

Als zusätzliche neben den nationalen Sicherungseinrichtungen existierende Vorsorge entfaltet darüber hinaus der regionale Reservefonds der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen instituts- und gläubigerschützende Wirkung. Der Fonds wird von den Mitglieds-sparkassen des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen (SGVHT) und der Landesbank Hessen-Thüringen sukzessive dotiert, bis 5 Promille der Bemessungsgrundlage (Gesamtrisikoposition, nach der sich das bankaufsichtsrechtlich erforderliche Eigenkapital errechnet) erreicht sind. Die Einzahlungsverpflichtung eines Instituts bemisst sich risikoorientiert unter Berücksichtigung von Bonus- und Malusfaktoren. Bis zur vollständigen Bareinzah-

lung des Gesamtvolumens übernimmt der SGVHT die Haftung für die Zahlung des ausstehenden Differenzbetrages, der auf erstes Anfordern bei den Instituten eingezogen werden kann.

Die Sparkasse ist Mitglied bei der für sie zuständigen Zusatzversorgungskasse (ZVK) für die Gemeinden und Gemeindeverbände Wiesbaden, deren Umlagesatz nach einem Abschnittsdeckungsverfahren berechnet wird. Träger der ZVK ist die Kommunalbeamten-Versorgungskasse Nassau in Wiesbaden, die das Kassenvermögen der ZVK als Sondervermögen getrennt vom eigenen Vermögen verwaltet. Anspruchsberechtigt gegen diese Kasse sind grundsätzlich alle aufgrund der Tarifverträge für den öffentlichen Dienst sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der Sparkasse sowie diejenigen Mitarbeiter, für die eine Teilnahme an der Zusatzversorgung vereinbart wurde. Es wird eine zusätzliche Erwerbsminderungs- sowie eine Alters- und Hinterbliebenenversorgung gewährt. Das bisherige Prinzip der Gesamtversorgung ist ab 2002 durch ein Betriebsrentensystem in Form des Punktemodells ersetzt worden. Der Umlagesatz beträgt derzeit 8,5 % der umlagepflichtigen Gehälter von 24,0 Mio EUR. Im Umlagesatz ist ein Sanierungsgeld von 2,3 % enthalten, das ab dem Jahre 2003 erhoben wird. Der Betrag der mittelbaren Pensionsverpflichtungen i. S. v. Artikel 28 Abs. 2 EGHGB kann nicht zuverlässig quantifiziert werden, da die dafür maßgeblichen ZVK-Daten nicht zur Verfügung stehen.

ANGABEN NACH § 285 SATZ 1 NR. 11A HGB

Die Sparkasse ist beschränkt haftende Gesellschafterin der Liparit Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Benary Vermietungs KG, Mainz, und der HELICON Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien KG, Pullach. Die Haftung ist auf die im Handelsregister eingetragene Haftsumme begrenzt. Davon unberührt besteht für die im Zeitpunkt der Eintragung der Umwandlung im Handelsregister bestehenden Verbindlichkeiten der Liparit Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Benary Vermietungs OHG (25. Juli 2006) und der HELICON Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien OHG (11. August 2006) eine Nachhaftung für einen Zeitraum von fünf Jahren.

BEZÜGE DER ORGANMITGLIEDER

Die Bezüge des Vorstands stellen sich für das Jahr 2010 wie folgt dar:

	erfolgsunabhängige Komponenten	erfolgsbezogene Komponenten	Gesamtbezüge
	in TEUR		
Herr Robert Restani	321	45	366
Herr Bernward Hö- ving	228	32	260
Herr Dr. Ingo Wie- demeier	230	32	262
Gesamtbezüge des Vorstands			888

Die Vorstandsmitglieder haben gegenüber der Sparkasse Anspruch auf Ruhegehalt. Die Bemessungsgrundlage für das Ruhegehalt ergibt sich aus den aufgrund § 20 Absatz 5 Satz 2 HSpG erlassenen Anstellungsrichtlinien des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen (SGVHT). Die Höhe des Ruhegehaltsanspruches bestimmt sich auf dieser Grundlage nach einem in Abhängigkeit von der Zahl der geleisteten Dienstjahre jährlich steigenden Prozentsatz.

Renten werden in vollem Umfang auf die Versorgungsbezüge angerechnet. Einkünfte und Versorgungsleistungen aus einer anderweitigen Beschäftigung werden ebenfalls auf die Versorgungsbezüge angerechnet.

Für diese Ruhegehaltsverpflichtungen hat die Sparkasse Pensionsrückstellungen in ausreichendem Umfang gebildet.

Die Gesamtbezüge der Verwaltungsratsmitglieder betragen im Geschäftsjahr 2010 66 TEUR.

Für frühere Vorstandsmitglieder und ihre Hinterbliebenen ergaben sich im gleichen Zeitraum Gesamtbezüge von 681 TEUR. Für diesen Personenkreis haben wir insgesamt 7.562 TEUR zurückgestellt; dieser Betrag trägt sämtlichen Pensionsverpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis Rechnung.

KREDITE AN ORGANE

Der Gesamtbetrag der an Vorstandsmitglieder gewährten Vorschüsse und Kredite sowie der eingegangenen Haftungsverhältnisse beträgt 311 TEUR . An Mitglieder des Verwaltungsrats wurden Vorschüsse und Kredite von 3.838 TEUR gewährt.

ANGABE DES ABSCHLUSSPRÜFERHONORARS NACH § 285 SATZ 1 NR. 17 HGB

In der Gewinn- und Verlustrechnung sind folgende Honorare für unseren Abschlussprüfer, die Prüfungsstelle des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen, enthalten:

	TEUR
Honorar für Abschlussprüfungsleistungen	175
Honorar für andere Bestätigungsleistungen	35
Insgesamt	210
(darunter für das Vorjahr)	(12)

ANGABEN ZU LATENTEN STEUERN NACH § 285 SATZ 1 NR. 29 HGB

Aufgrund abweichender Ansatz- und Bewertungsvorschriften zwischen der Handelsbilanz und den steuerrechtlichen Wertansätzen bestehen zum Bilanzstichtag Steuerlatenzen. Dabei wird der Gesamtbetrag der künftigen Steuerbelastungen von 0,9 Mio EUR durch absehbare Steuerentlastungen überdeckt. Die wesentlichen künftigen Steuerbelastungen resultieren aus unterschiedlichen Wertansätzen bei den Beteiligungen. Ohne Berücksichtigung der aufgrund des Bildens von Vorsorgereserven nach § 340f HGB entstandenen Ansatzunterschiede entfallen die künftigen Steuerentlastungen zu rund einem Drittel auf unterschiedliche Wertansätze bei den Rückstellungen und zu rund zwei Dritteln auf unterschiedliche Wertansätze im Bereich der eigenen Wertpapiere. Der Ermittlung der latenten Steuern wurde ein Steuersatz von 30,34 % (Körperschaft- und Gewerbesteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag) zugrunde gelegt. Aus Beteiligungen an Personengesellschaften resultierende, lediglich der Körperschaftsteuer und dem Solidaritätszuschlag unterliegende Differenzen wurden bei den Berechnungen mit 15,825 % bewertet.

MITARBEITER UND MITARBEITERINNEN

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

	2010	2009
Vollzeitkräfte	445	454
Teilzeit- und Ultimokräfte	152	155
	597	609
Auszubildende	41	42
Insgesamt	638	651

VERWALTUNGSRAT UND VORSTAND**Verwaltungsrat**Vorsitzender

Claus Kaminsky

Oberbürgermeister der Stadt Hanau

Stellvertretender Vorsitzender

Erich Pipa

Landrat des Main-Kinzig-Kreises

Im Rahmen des turnusmäßigen Wechsels hat Herr Oberbürgermeister Claus Kaminsky satzungsgemäß mit Wirkung von 1. Januar 2011 den Vorsitz im Verwaltungsrat übernommen. Herr Landrat Erich Pipa ist ab diesem Zeitpunkt stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrates.

Mitglieder

Thomas Bohlender, Filialleiter, Sparkasse Hanau

Wolfgang Gierhake, Abteilungsleiter Kommunkundenbetreuung, Sparkasse Hanau

Carl-Edward Günther, Geschäftsführer eines Wohnungsbauunternehmens, Baugesellschaft Hanau GmbH

Martin Gutmann, Kreishandwerksmeister, Geschäftsführer der Georg Gutmann GmbH & Co. KG

Heiko Kasseckert, Direktor eines regionalen Planungsverbandes, Planungsverband Ballungsraum Frankfurt Rhein/Main

Karl Netscher, Geschäftsführer einer Industriegewerkschaft a.D., Pensionär

Christine Orth, Sachbearbeiterin Marketing, Sparkasse Hanau

Dr. Ralf-Rainer Piesold, Dipl. Kaufmann, Stadtrat, Stadt Hanau

Jan Rinnert, Chief Financial Officer, Heraeus Holding GmbH

Jörg Scheefe, stv. Abteilungsleiter Personalabteilung, Sparkasse Hanau

Hans-Jürgen Schmidt, Vorsitzender des Personalrates, Sparkasse Hanau

Axel Weiss-Thiel, Dipl. Volkswirt, Stadtrat, Stadt Hanau

Ludger Wösthoff, Dipl. Kaufmann, selbständiger Wirtschaftsprüfer und Steuerberater

Vorstand

Vorsitzender
Robert Restani

Mitglieder
Bernward Höving
Dr. Ingo Wiedemeier

Der Vorstandsvorsitzende ist Mitglied im Aufsichtsrat der folgenden Unternehmen:

- Technologie- und Gründerzentrum Hanau GmbH
- Baugesellschaft Hanau GmbH
- Hanauer Parkhaus GmbH
- Betriebsführungsgesellschaft Hanau GmbH
- BauProjekt GmbH, Baubetreuungs- und Projektentwicklungsunternehmen
- S Broker AG & Co. KG
- Wirtschaftsförderung Hanau GmbH

Hanau, 06.05.2011

Der Vorstand

Restani

Höving

Dr. Wiedemeier

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Sparkasse Hanau für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstandes der Sparkasse Hanau. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Sparkasse Hanau sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstandes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse Hanau. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse Hanau und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 13. Mai 2011

Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen
- Prüfungsstelle -

Denter
Wirtschaftsprüfer

Laurenze
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Verwaltungsrates

Der Verwaltungsrat nahm im Jahr 2010 die ihm aufgrund der sparkassenrechtlichen Bestimmungen obliegenden Aufgaben wahr. Er wurde vom Vorstand in sechs Sitzungen über die geschäftliche Entwicklung und die wirtschaftlichen Verhältnisse der Sparkasse sowie über alle besonderen Vorgänge unterrichtet.

Der Vorstand hat dem Verwaltungsrat den Jahresabschluss sowie den Lagebericht für das Jahr 2010 vorgelegt. Die Prüfungsstelle des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen hat den Jahresabschluss und den Lagebericht für das Jahr 2010 geprüft und den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

In seiner Sitzung am 8. Juni 2011 hat der Verwaltungsrat von dem Prüfungsergebnis Kenntnis genommen, den Jahresabschluss festgestellt, den Überschuss verteilt, den Lagebericht gebilligt und dem Vorstand Entlastung erteilt.

Die Verwendung des Jahresüberschusses in Höhe von 9,0 Millionen EUR erfolgt entsprechend § 16 HSpG; er wird gem. Vorschlag des Vorstandes vollständig der Sicherheitsrücklage zugeführt.

Für die erfolgreiche Arbeit im abgelaufenen Jahr dankt der Verwaltungsrat dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Hanau, 8. Juni 2011

Sparkasse Hanau

Vorsitzender des Verwaltungsrates
Claus Kaminsky
Oberbürgermeister